

Inhaltsverzeichnis

1. Knowledge4Information	
2. Mittelstands- und Wirtschaftsunion	
3. European Internet Forum	
4. Günther Oettinger	
5. European Energy Forum	
6. European Chemical Industry Council	
7. European Crop Protection Association	

Knowledge4Innovation

Knowledge4Innovation (K4I) ist ein auf EU-Ebene tätiges Netzwerk, das EU-Parlamentarier, Forscher, Unternehmer und Wirtschaftsführer zusammenbringt.^[1] Seit 2009 hat das K4I-Forum mehr als 500 hochrangige Debatten und 16 Veranstaltungen im Rahmen des European Innovation Summit im Europäischen Parlament in Brüssel organisiert. Auf diese Weise ist auch ein Rahmen für Lobbyaktivitäten geschaffen worden. K4I wirbt damit, im Europäischen Parlament Veranstaltungen organisieren zu können.^[2]

Seit 2026 ist das unabhängig bleibende [Knowledge4Innovation Forum](#) als „Technology Policy Dialogue Platform“ ihres Kooperationspartners [Allied4Future](#) und dessen "Technology Collaboration Labs" tätig.^[3]

K4I war von 2011-2018 und von 2021-2024 im EU Transparenzregister eingetragen.^{[4][5]}

Knowledge4Innovation (K4I)

Rechtsform	Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht (VoG)
Tätigkeitsbereich	Förderung der Lobbyarbeit ihrer Mitglieder
Gründungsdatum	
Hauptsitz	Square de Meeûs 35, Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	allied4future.world

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategie und Einfluss	3
2 Unterstützung bei der Mobilisierung von EU-Geldern	3
3 Organisationsstruktur und Personal	4
3.1 K4I Forum Leadership Council	4
3.2 K4I Forum Board Members	4
3.3 Allied4Future Foundation	4
3.4 Mitglieder	5
3.5 Technology Collaboration Labs	5
4 Partner	5
5 Veranstaltungen	5
5.1 Technology Collaboration Labs 2025	5
5.2 European Innovation Area Summit 2023	5
5.3 "Europe's Energy Future: Efficiency and competitiveness through innovation and smart integration" mit EU-Kommissar Günther Oettinger	5
5.4 K4I Forum Dinner Debate	6
6 Finanzen	6
7 Weiterführende Informationen	6
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
9 Einzelnachweise	6

Lobbystrategie und Einfluss

K4I ist eine Organisation, in der EU-Parlamentarier Unternehmen und Verbänden ein Forum zur Kontaktpflege mit Vertretern der EU-Institutionen (**Europäische Kommission**, EU-Parlamentarier und Vertreter des Europäischen Rats) zur Verfügung stellen. Die Veranstaltungen werden jeweils von einem K4I-Parlamentarier als Gastgeber betreut und finden in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments statt. Damit wird der Anschein einer interessenungebundenen Veranstaltung erweckt. Die inhaltliche Ausgestaltung liegt jedoch im Wesentlichen bei den Veranstaltungs-"Partnern" aus der Wirtschaft (meist K4I-Mitglieder), die die Themen festlegen und einen Großteil der ReferentInnen und TeilnehmerInnen stellen. In ihrer Broschüre^[6] wirbt K4I für die Mitgliedschaft mit dem Argument, es könnten eigene "Events" im Parlament organisiert werden. Der Kontakt zwischen den EU-Entscheidungsträgern und der Wirtschaft sowie dieser nahestehenden Organisationen findet meist über das **K4I Forum of the European Parliament** statt. Nach fünf Veranstaltungen und Dutzenden von Gesprächsrunden sei das Forum im Europäischen Parlament gut etabliert und werde auch von den anderen EU-Institutionen anerkannt. Hinzu kommt die Information von Abgeordneten durch den sog. **K4I Policy Brief**. Als Nutzen einer Mitgliedschaft wird in der K4I-Broschüre weiterhin angeführt, dass über Arbeitsessen mit EU-Abgeordneten wertvolle Einblicke in die Agenda des EU-Parlaments gewonnen werden könnten.

Als Dienstleister für K4I arbeitet die Lobbyagentur **Strauss & Partners** mit dem Europäischen Parlament /STOA, der Europäischen Kommission, den Präsidentschaften des Europäischen Rats sowie Organisationen wie EUREKA, COST und European Investment Fund zusammen.^[7] Der Firmeninhaber **Roland Strauss** ist Managing Director von K4I.

Knowledge4Innovation bezeichnet sich auf ihrer Webseite^{[8][9][10]} als eine Innovationsplattform mit den folgenden Kategorien von Mitgliedern: Unternehmen, Wirtschafts- und Berufsverbände, Denkfabriken, Universitäten und Forschungseinrichtungen (Kooperationspartner der Wirtschaft) sowie Regionen und Städte, die sich um die Ansiedlung von Unternehmen bemühen. Sie bilde ein großes Netzwerk, das Akteure mit unterschiedlichem Hintergrund mit dem Ziel zusammenbringe, dass Themen, die für Europas Innovationsfähigkeit relevant sind, von der EU mit höchster Priorität behandelt werden. Die Beeinflussung der EU-Politik durch die Industrie und ihr nahestehende Organisationen wird von K4I als das Schließen einer Lücke zwischen der EU-Politik und den Anforderungen und Erwartungen der Praktiker umschrieben. Nach eigener Einschätzung ist K4I keine Lobbyorganisation, weil sie keine eigenen Stellungnahmen zu bestimmten politischen Themen erarbeitet. K4I sorgt jedoch über die parlamentarischen Veranstaltungen dafür, dass LobbyistInnen auf eine privilegierte Weise Zugang zu EU-Entscheidungsträgern erhalten. Eine Organisation, in der Lobbyisten Mitglieder sind, und die den Lobbyismus von Mitgliedern aktiv fördert, ist jedoch selbst als Lobbygruppe zu qualifizieren.

Unterstützung bei der Mobilisierung von EU-Geldern

Die Unterstützung bei der Mobilisierung von EU Geldern läuft unter der Bezeichnung **European deep-tech finance, made navigable**. Hierzu wird ausgeführt:

"This is the landscape the European Union has begun to address with a sequence of consequential decisions in 2025 and 2026: the European Innovation Council's reformed 2026 work programme, the and the new Scaleup Europe Fund, the second generation of the European Tech Champions Initiative, the proposed

European Competitiveness Fund for the next Multiannual Financial Framework, and the Savings and Investments Union strategy. Each is mapped briefly below [...] The continuous tracking of EU deep-tech finance — fund design choices, instrument decisions, Council and Parliament developments — flows through the Allied4Future newsletter and news posts. The K4I Forum, our Parliament-anchored dialogue platform, convenes the conversations the landscape requires — with Members of the European Parliament, the European Commission, the EIB Group, and the European deep-tech community in the room together."

Quelle: ^[11]

Organisationsstruktur und Personal

K4I Forum Leadership Council

Der K4I Forum Leadership Council bringt EU-Parlamentarier, das World Future Forum und das Allied4Future Institute zusammen. ^[12] Die MEPS fungieren als Gastgeber von Veranstaltungen des Forums im Europäischen Parlament, wo sie auch als Redner auftreten. Es gibt außerdem regelmäßige Breakfast-, Lunch- und Dinnerdebates zwischen den Mitgliedern des Leadership Council und interessierten MEPs. Mitglieder sind u.a.:

- Christian Ehler, EVP/CDU, EVP-Koordinator im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)
- Axel Voss, EVP/CDU, Senator der SME Europe (Mittelstandsvereinigung der EVP), Mitglied der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU/CSU, Stellv. Vorsitzender des [Steering Committee](#) des [European Internet Forum](#)
- Pilar de Castillo Vera, Spanien, EVP/PP, Mitglied des [Steering Committee](#) des [European Internet Forum](#)

K4I Forum Board Members

Mitglieder sind ^[13]:

- Marceline du Prie (Vorsitzende), Director of EU Affairs, [TU Delft](#)
- Jara Pascual, CEO der Digitalplattform [Collabwith](#)
- Eunika Mercier-Laurant [IFIP Technical Committee12: Artificial Intelligence](#) bei der [International Federation for Information Processing](#) (FIP)
- [Roland Strauss](#), Gründer von [Knowledge4Innovation](#), [Allied4Future](#) und [World Future Forum](#)

Allied4Future Foundation

Im [Allied4Future White Paper 13th June 2025](#) wird die Allied4Future Foundation (Rechtsform: gGmbH) erwähnt, die als Koordinierungs- und Integrationszentrum für alle Labore, Finanzierungsmechanismen und politischen Aktivitäten im Rahmen der A4 F-Initiative dient. Sie kooperiert mit einer Vielzahl von Partnern, die in die Konzeption, Finanzierung und Aktivitäten der Labore eingebunden sind. Zu diesen gehören: Universitäten, Forschungsinstitute, Unternehmen und Family Offices (als Co-Investoren und Scale-up Partner), EU-Parlamentarier und EU-Institutionen (Regulierung) und philanthropische Einrichtungen & Staatsfonds (Beschaffung langfristigen Kapitals). Die Stiftung hat einen Advisory Board, einen Scientific and Innovation Council, ein Finance and Investment Committee und eine Policy Advisory Group ^[14] Die Mitglieder dieser Gremien sind auf der Webseite von Allied4Future (jedenfalls für Nicht-Mitglieder) nicht abrufbar.

Mitglieder

Es gibt drei Arten von Mitgliedern: Contributor, Active Participant und Strategic Partner. Auf der Webseite von K4I werden die Mitglieder nicht namentlich genannt.

Technology Collaboration Labs

Zu den Technology Collaboration Labs gehören:

- [AI in Healthcare Lab](#)
- [Quantum Policy Lab](#)

Strategic Participants können einen Sitz in der „Lab Steering Group“ einnehmen.^[15]

Partner

- Mitgründer und Partner von K4I ist das italienische [Advanced Research Center for Health, Environment and Space](#) (ARCHES).
- K4I ist Partner der Plattform [europespacehub](#), die von der EU gefördert wird.

Veranstaltungen

Technology Collaboration Labs 2025

Die Veranstaltung [Launching The Technology Collaboration Labs!](#) vom 13. Juni 2025 ist von knowledge4innovation, Allied4Future und der TU Delft organisiert worden.

European Innovation Area Summit 2023

Der [European Innovation Area Summit 2023](#) fand mit den folgenden Veranstaltern statt: European Parliament, K4I Forum in the European Parliament, Allied4Future, European Commission. Zu den Teilnehmern gehörten Andrei Goicea, Policy Director bei Nucleareurope, Luc Van den Durpel, Gründungspartner von Nuclear-21, Guerric de Crombrughe, Gründungspartner von Nuketem

“Europe’s Energy Future: Efficiency and competitiveness through innovation and smart integration” mit EU-Kommissar Günther Oettinger

Ein besonderes Highlight war der "K4I Forum High-Level Round Table" mit [Günther Oettinger](#), EU-Kommissar für Energie, vom 19. März 2014. Als Gastgeber der Veranstaltung mit Oettinger fungierte der EU-Parlamentarier Jerzy Buzek, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, "Political Member" von K4I und Vizepräsident des [European Energy Forum](#) (EEF). Die Veranstaltung wurde von den folgenden "Association Members" als Partnern unterstützt:

- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) (Europäischer Verband der Chemieindustrie)
- EUREKA (ein europäisches zwischenstaatliches Netzwerk, das sich mit marktorientierter Forschung und Entwicklung beschäftigt) und deren Cluster eurogia2020

- [European Gas Research Group](#) (GERG) (Europäischer Verband der Gasunternehmen)
- "Institute of Electrical and Electronics Engineers" (IEEE) (Berufsverband von Ingenieuren aus den Bereichen Elektrotechnik und Informationstechnik)

Ein weiterer Unterstützer ist:

- [New Energy World](#) Industry Grouping (Europäischer Verband der Neue Energien produzierenden Unternehmen)

Das Hauptreferat hielt Kommissar Oettinger. In den Arbeitsgruppen diskutierten hochrangige Vertreter der Generaldirektion Energie und der Generaldirektion Forschung & Innovation sowie der Referatsleiter Energieforschung des Bundeswirtschaftsministeriums mit dem Präsidenten der [European Gas Research Group](#) (GERG), der Geschäftsführerin der Organisation eurogia2020/EUREKA, einer Repräsentantin des "Institute of Electrical and Electronics Engineers" (IEEE), dem Geschäftsführer von EUREKA, der Präsidentin von Klimate-KIC, dem Leiter der Abteilung "Forschung und Innovation" des [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) sowie Vorstandsmitglied von [SPIRE](#), dem Geschäftsführer von FCH JU und dem Geschäftsführer von Global Smart Transformation Ltd. ^[16]

K4I Forum Dinner Debate

Kooperationspartner der Gesprächsrunde vom 26. Juni 2013 war die [European Crop Protection Association](#) (EPCA) (Europäischer Verband der Hersteller von Pflanzenschutzmitteln). Als Gastgeberin war die EU-Parlamentarierin [Julie Girling](#) tätig. Zu den Themen gehörten vor allem der Nutzen und die Risiken von Innovationen und die Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung der EU-Politik auf diesem Feld. Referent war u. a. Friedhelm Schmider, der Geschäftsführer von EPCA. ^[17]

Finanzen

Die Veranstaltungen werden von den jeweiligen Kooperationspartnern unterstützt. Weitere Hinweise sind der Webseite von K4I nicht zu entnehmen.

Weiterführende Informationen

- [Trojan Horse in the European Parliament – Strauss & Partners facilitating access to unregistered business lobbyists](#)
- [Angaben im EU Transparenzregister](#)
- [K4I organizes the 11th European Innovation Summit](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Knowledge4Innovation](#), arches-acentroicerc.org, abgerufen am 03.08.2026
2. ↑ [europespacehub](#), eurospace.hub.com, abgerufen am 05.08.2026

3. ↑ [K4IForum](#), allied4future.world, abgerufen am 01.08.2026
4. ↑ [Knowledge4Innovation](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 04.08.2026
5. ↑ [Angaben im Transparenzregister](#), north.data vom 28.12.2024, abgerufen am 04.08.2026
6. ↑ [Brochure](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017
7. ↑ [Clients](#), strausspartners.eu, abgerufen am 28.01.2017
8. ↑ [About us](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017
9. ↑ [What K4I stands for](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017
10. ↑ [Become a K4I Member](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017
11. ↑ [Why this matters](#), allied4future.world, abgerufen am 04.08.2026
12. ↑ [K4I Forum Leadership Council](#), allied4future.world, abgerufen am 01.08.2026
13. ↑ [K4I Forum Board Members](#), allied4future.world, abgerufen am 01.08.2026
14. ↑ [Allied4Future White Paper 13th June 2025](#), archivierte Fassung, allied4future, abgerufen am 02.08.2026
15. ↑ [What members receive](#), allied4future.world, abgerufen am 03.08.2026
16. ↑ [K4I Form High-Level Round Table](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017
17. ↑ [Fostering innovation - Integrating benefits and risks K4I Forum Dinner Debate in cooperation with ECPA](#), knowledge4innovation.eu, abgerufen am 27.01.2017

Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Die **Mittelstands- und Wirtschaftsunion** (MIT)

(Bezeichnung bis 2019: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU) ist eine parteiinterne Vereinigung nach dem Statut der CDU sowie eine Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU. Die rund 25.000 Mitglieder, deren Interessen wahrgenommen werden, sind laut [Satzung](#) insbesondere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten. Als parteiinterne Vereinigung hat die MIT einen Sitz im Parteivorstand, unterliegt aber auch bestimmten Regeln des [Parteistatuts](#). Mindestens die Vorsitzenden der MIT auf allen Ebenen sowie auf Landes- und Bundesebene sämtliche Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder der CDU bzw. der CSU sein. Im Bericht zum Bundesmittelstandstag 2025 wurde der Status der Parteivereinigung hervorgehoben: Das Beispiel Grundsatzprogramm der CDU zeige, wie wertvoll die Rolle der MIT als Parteivereinigung sei: "Allein die Antragsberechtigung bei Bundesparteitagen bringt eine Chance auf Einfluss und Gestaltung, über die andere Verbände nicht verfügen."^[1]

Oliver Zander, Co-Vorsitzender der Kommission Arbeit /Soziales und Gast im Bundesvorstand, ist Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmetall](#), dem Finanzier der Lobbyorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[2] Der frühere MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben wurde 2022 Hauptgeschäftsführer der INSM - auf Betreiben seines Duzfreundes Oliver Zander.^[3]

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Recht Vereinigung nach dem Statut der CDU
sform /Arbeitsgemeinschaft nach der Satzung der CSU
Tätigk Interessenvertretung der
eitsbe unternehmerischen Wirtschaft
reich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ 1956 bzw. 1995 (Fusion der
ungsd Vorgängerorganisationen)
atum
Haupt Schadowstr. 3, 10117 Berlin
sitz
Lobby
büro
Lobby
büro
EU
Weba mit-bund.de
dresse

Der „Parlamentarische Arm“ der MIT ist der mächtige Parlamentskreis Mittelstand (PMK), dem 166 der 208 Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU angehören.^{[4][5]} Dessen Vorsitzender Christian von Stetten sitzt im Präsidium des einflussreichen [Wirtschaftsrat der CDU](#).^[6]

Die MIT bekennt sich in ihrer Satzung zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit folgenden Prinzipien: Subsidiarität staatlichen Handelns, Förderung der Eigenverantwortung, weitgehender Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und Sicherung des Leistungswettbewerbs. Mehrere Anträge zum 38. Bundesparteitag der CDU Ende Februar 2026 dienen dem Ziel, Regelungen zum Umweltschutz und Rechte von Arbeitnehmern einzuschränken. Der „Spiegel“ schreibt: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[7]

2022 begrüßte die MIT die Wahl von [Friedrich Merz](#) zum CDU-Vorsitzenden und erklärte, dieser sei der erste Vorsitzende, der MIT-Mitglied sei.^[8] Dem gewählten CDU-Präsidium gehörten neben Merz alle fünf Stellvertreter, die Bundesschatzmeisterin, sowie fünf der sieben weiteren Mitglieder der MIT an.

Inhaltsverzeichnis

1 Fragwürdige Darstellung als Mittelstandsvereinigung	9
2 Politische Ausrichtung	10
2.1 Grundsatzprogramm	10
2.2 Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden	10
3 Lobbyarbeit	11
3.1 Allgemein	11
3.2 Parlamentskreis Mittelstand	11
3.3 Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)	13
3.4 SME Europe	13
3.5 Gesprächskreis mit dem BDI	14
3.6 Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags	14
3.7 Positionen zum Klimaschutz	14
3.8 Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit	16
3.9 Telefonische Krankschreibung abschaffen	17
3.10 Gegner des Lieferkettengesetzes	17
3.11 Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"	18
3.12 Rundfunkreform	19
4 Sponsoring	19
4.1 Veranstaltungsformate und Optionen	19
4.2 Beispiel: Bundesmittelstandstag	19
5 Mitglieder	20
6 Bundesmittelstandstag	20
7 Bundesvorstand	20
7.1 Zusammensetzung	20
7.2 Mitglieder des Bundesvorstands	21
8 Präsidium	21
9 Auslandsverband Belgien	22
10 Kommissionen	22
11 Finanzen	22
12 Weiterführende Informationen	22
13 Einzelnachweise	22

Fragwürdige Darstellung als Mittelstandsvereinigung

Schon die Bezeichnung Mittelstands- und Wirtschaftsunion vermittelt den Eindruck, dass die MIT im Wesentlichen die Interessen des Mittelstands vertritt. Das höchste Organ der MIT, die Mitgliederversammlung, nennt sich Bundesmittelstandstag. Im Bericht vom Bundesmittelstandstag 2025 wird „Mittelstand wirkt“ als Motto des Programms bezeichnet. Die Assoziation von MIT und Mittelstand ist für die Interessenwahrnehmung wichtig, weil der Mittelstand in der Öffentlichkeit ganz überwiegend positiv wahrgenommen wird. Auch werden Mittelständler - im Gegensatz zu Konzernchefs - kaum mit wirtschaftlicher Macht und großem politischen Einfluss in Verbindung gebracht.

Für mittelständische Unternehmen gibt es keine verbindliche Definition. Das Statistische Bundesamt unterscheidet zwischen Kleinstunternehmen (bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz), kleinen Unternehmen (bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen) und mittleren Unternehmen (bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen). Großunternehmen haben über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz.^[9] Der MIT veröffentlicht keine Mitgliederliste und keine Auswertung von Unternehmen, die von Mitgliedern repräsentiert werden, nach Größenklassen (Umsatz, Beschäftigte). Dem [Lobbyregister](#) ist zu entnehmen, dass zu den Mitgliedern auch der [Verband der Automobilindustrie/VDA](#) (Mitglieder: Audi, BMW, Porsche, Ford, MAN, Mercedes-Benz, Stellantis, VW), der [Bundesverband Deutscher Banken](#) und die EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG gehören. Der VDA veranstaltet einen eigenen Mittelstandstag für Auto-Zulieferer, zu denen jedoch auch Großunternehmen gehören.^[10]

Für den These, dass sich die MIT auf die speziellen Belange des Mittelstands konzentriert, finden sich sowohl in der Satzung als auch den politischen Forderungen der MIT keine tragfähigen Belege. Vielmehr scheint sie sich für die größenunabhängigen Interessen der Wirtschaft einzusetzen.

Laut § 1 der [Satzung](#) ist der MIT „der organisatorische Zusammenschluss von wirtschaftspolitisch interessierten Personen, insbesondere von Unternehmern, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Landwirten, Angehörigen der Freien Berufe und der Leitenden Angestellten sowie von verantwortlich Tätigen in Wirtschaft und Verwaltung.“ Danach können auch Vorstandsmitglieder von Konzernen oder Verbandschefs von konzerndominierte Branchen der MIT beitreten.

Unter „Grundsätze und Ziele“ (§ 3) heißt es: Die „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ will die freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entsprechend der Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage von Freiheit und Verantwortung fortentwickeln. Die „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ sieht als unabdingbare Voraussetzungen für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung folgende Prinzipien an: a) die Subsidiarität staatlichen Handelns, b) die Förderung der Kreativität und der Eigenverantwortung der Bürger durch Staat und Gesellschaft, c) den weitgehenden Verzicht auf staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben, d) die Sicherung des Leistungswettbewerbs.

Auf dem Flyer zur Bundestagswahl 2025 wurde für folgende Forderungen gestellt^[11]:

- Unternehmenssteuern auf 25 Prozent senken
- Sozialversicherungsbeiträge wieder auf 25 Prozent senken
- Soli vollständig abschaffen
- Energie bezahlbar machen: Stromsteuern und Netzentgelte absenken
- Lieferkettengesetz abschaffen
- Schuldenbremse einhalten
- Kernenergie weiter erforschen und nutzen

- Gründerschutzzone einführen
- "Fordern und Fördern" statt Bürgergeld
- Verbindliche Integrationsverträge für Zuwanderer

Im Januar 2024 hat der MIT erstmals gemeinsam mit der CDU eine Wirtschaftskonferenz im Konrad-Adenauer-Haus ausgerichtet.^[12] Auf ein Wirtschaftspanel folgten laut Geschäftsbericht Pitches von fünf Mittelständlern: Bernard Krone aus Spelle, Kenbi aus Berlin, OHB aus Bremen, die UPM Biochemicals aus Leuna und Waschbär aus Mühlhausen. Diese „Mittelständler“ repräsentieren die folgenden Unternehmen:

- Krone Group, Spelle, Nutzfahrzeuge, Konzernumsatz 2024/25: ca. 2,3 Mrd. Euro^[13]
- Kenbi, Berlin, Pflegedienstleister, 850 Beschäftigte, der 2025 Insolvenz angemeldet hat^[14]
- OHB, Bremen, europäischer Raumfahrt- und Technologiekonzern, Umsatz 2024: über 1 Mrd. Euro^[15]
- UPM Biochemicals, Leuna, Umsatz des UPM-Konzerns 2025: ca. 9,6 Mrd. Euro^[16]
- Waschbär, Mühlhausen, Textilservice, Umsatz unter 10 Mio. Euro, 74 Mitarbeiter^[17]

Zumindest bei den drei Umsatzmilliardären handelt es sich zweifelsohne um keine Mittelständler.

Politische Ausrichtung

Grundsatzprogramm

Das [Grundsatzprogramm der MIT](#) trägt den Titel „Der Kompass - Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert“. Mit ihm möchte die MIT all denjenigen, die sich zur bürgerlichen Mitte zugehörig fühlen, ein neues politisches Angebot unterbreiten. Zur bürgerlichen Mitte gehörten alle, die Verantwortung für sich und andere übernehmen. Sie wolle mit diesem Programm die Kräfte der bürgerlichen Mitte zusammenführen und ihnen Gehör verschaffen. Kompass der MIT sei die Soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft sei nach dem Grundsatzprogramm aus sich heraus sozial; sie bedürfe keiner umfassenden Sozialpolitik als „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“ (Kapitel 2). Weiterhin wird ein schlanker Staat mit einer Staatsquote von 40 % angestrebt; ein europaweiter einheitlicher Mindestlohn wird abgelehnt.

Rechtsgerichteter Journalist Julian Reichelt als „Stargast“ der MIT Südbaden

Am 11. Oktober 2024 veranstalteten die Junge Union Ortenau und die MIT Südbaden eine Talkshow mit Julian Reichelt, Chefredakteur des Netzwerkes Nius, das „vor allem hetzerische und weit rechts einzuordnende Inhalte publiziert“.^[18] Dem Chef eines „Hetzkanals erster Klasse“ eine öffentliche Bühne bieten, hielt ein Sprecher der Südbadischen CDU für keine gute Idee.^[19] Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag berichtet der LV Baden-Württemberg von der Talkshow, ohne klar Position zu beziehen: „Am 11. Oktober 2024 fand im Europapark Rust eine kontroverse Veranstaltung mit Julian Reichelt statt, bei der er gesellschaftspolitische Themen offen diskutierte. Trotz Kritik innerhalb der CDU blieb Reichelt uneingeschränkt und sprach über Migration, Meinungsfreiheit und aktuelle politische Entwicklungen. Die Veranstaltung zeigte die unterschiedlichen Meinungen zu Reichelt in der Partei und betonte, dass seine Reden eher Kritik auf journalistischer Basis sind. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion verteidigt den Wert der Meinungsvielfalt und betont die Bedeutung von Differenzierung in der politischen Einordnung“

Lobbyarbeit

Allgemein

Nach § 2 der [Satzung](#) übt die MIT politischen Einfluss aus über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen, die Durchführung von Veranstaltungen, die Herausgabe von Publikationen sowie die Information und Förderung der Willensbildung ihrer Mitglieder. Sie strebt eine Repräsentanz in den Parlamenten sowie in den Gremien der CDU und CSU an, die der Bedeutung des Mittelstandes entspricht. Zur Durchsetzung ihrer Politik unterstützt und berät die MIT insbesondere Parlamentarier aus ihren Reihen. Nach eigenen Angaben ist die MIT der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband.^[20]

Die MIT kooperiert mit dem Parlamentskreis Mittelstand (PKM) und auf europäischer Ebene mit dem Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe) und SME Europe der Europäischen Volkspartei (SME Europe). Nach einem Bericht von der Mitgliederversammlung des belgischen Auslandsverbandes der MIT am 27. Mai 2024 hat sich dieser für die kommenden beiden Jahre zum Ziel gesetzt, nach der Europawahl im Juni die wichtigsten EU-Themen aus Sicht des deutschen Mittelstands in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament und der europäischen Mittelstandsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP) [SME-Europe](#) zu begleiten und sein Netzwerk in Brüssel und Berlin weiter auszubauen.^[21]

Parlamentskreis Mittelstand

Die MIT arbeitet eng mit dem [Parlamentskreis Mittelstand](#) (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen. Laut [MIT-Satzung](#) entsendet der PKM einen Vertreter in den MIT-Bundesvorstand. Der Geschäftsführer des Parlamentskreises Mittelstand ist Ständiger Gast im MIT-Bundesvorstand.

Die Mitglieder des PKM setzen sich dafür ein, "im vorpolitischen Raum Kontakte zu Unternehmen und Verbänden der mittelständischen Wirtschaft aufzubauen, diese an die CDU/CSU anzubinden, ihre Anliegen in die Arbeit des Parlaments einzubringen und zugleich bei den Verbänden für Zustimmung zu bundespolitischen Entscheidungen zu werben."^[22] Der PKM trifft sich vor den Fraktionssitzungen, um über die Mittelstandsrelevanz anstehender Gesetzesvorhaben und sein Vorgehen zu diskutieren.^[23] Mit 166 Abgeordneten ist der PKM innerhalb der 208 Mitglieder zählenden CDU/CSU-Bundestagsfraktion die größte Parlamentariergruppe.^[24]

Die zentrale Veranstaltungreihe sind die PKM Sommerfeste, zu denen die Mitglieder Unternehmerinnen und Unternehmer aus ihren Wahlkreisen nach Berlin einladen, um mit ihnen die Gespräche aus den Wahlkreisen fortzusetzen und viele neue Kontakte zu ermöglichen.^[25] Gäste des Sommerfestes 2025 waren neben Bundestagspräsidentin Julia Klöckner auch die Bundesministerinnen Dorothee Bär, Karin Prien, Katharina Reiche und Nina Warken sowie die Bundesminister Alexander Dobrindt, Patrick Schnieder, Johann Wadephul und Karsten Wildberger.^[26] Zu den Sponsoren des Sommerfests 2025 gehörten auch Großunternehmen und einflussreiche Verbände wie [Gesamtmetall](#), [Deutsche Bank](#), DHL, Lufthansa, Mercedes-Benz, [RWE](#), [Verband der Chemischen Industrie](#) und die Lobbyorganisation [INSM](#).^[27] Die Gelder aus dem Sponsoring fließen an den Förderverein des PKM, der die Feste organisiert.^{[28][29]}

Der Vorstand des PKM setzt sich aus 53 Vertretern aller wirtschaftspolitisch relevanten Ausschüsse des Bundestags zusammen.^[30] Bei den Vorstandssitzungen sind häufig Gäste aus Politik, Verbänden und Unternehmen anwesend.^[31] Zu den Mitgliedern des **Vorstands** gehören führende Unionsabgeordnete und zahlreiche Mitglieder der Bundesregierung (Minister:innen/Staatssekretär:innen) wie:

- Christian Frhr. von Stetten, Vorsitzender, Mitglied des Bundesvorstands der MIT, Präsidiumsmitglied des **Wirtschaftsrat der CDU**, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Wirtschaft und Energie der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Laut Handelsblatt hat von Stetten den direkten Draht zum Kanzler, „notfalls auch zu Weihnachten“, wie es heiße.^[32] Von Stetten habe Merz auf seinem Weg ins Kanzleramt unterstützt und im Hintergrund Mehrheiten für ihn organisiert.
- Florian Oßner, 1. Stellv. Vorsitzender, Obmann Haushaltsausschuss
- Caroline Bosbach, Stellv. Vorsitzende, Ausschuss für Landwirtschaft
- Tilmann Kuban, Stellv. Vorsitzender, Vorsitzender der AG Angelegenheiten der Europäischen Union der CDU/CSU-Fraktion
- Kerstin Radomski, Stellv. Vorsitzende, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied der AG Haushalt der CDU/CSU-Fraktion
- Lukas Krieger, Schatzmeister, Ausschuss für Finanzen
- Albert Rupprecht, Rechnungsprüfer, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Finanzen
- Christina Stumpp, Rechnungsprüferin, Stellv. Generalsekretärin der CDU
- Gitta Connemann, Kooptierte, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand, Bundesvorsitzende des MIT
- **Philipp Amthor**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung
- Steffen Bilger, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär Verkehr
- Thomas Jarzombek, Parlamentarischer Staatssekretär Digitalisierung und Staatsmodernisierung
- Patricia Lips, Stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Alois Rainer, Bundeslandwirtschaftsminister
- Julia Köckner, Bundestagspräsidentin
- **Carsten Linnemann**, CDU-Generalsekretär, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mathias Mittelberg, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Albert Stegemann, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Jens Spahn**, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der **Verein zur Förderung der Arbeit des Parlamentskreises Mittelstand** unterstützt die Arbeit des PKM durch die Organisation ihrer Feste. Die Mitglieder des Fördervereins treffen sich zweimal im Jahr - im Januar zum Neujahrsempfang und in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause des Deutschen Bundestages zum Sommerfest.^[33] Vorstandsmitglieder sind lt. Eintrag im Vereinsregister (AG Charlottenburg VR 31444 B, abgerufen am 12.02.2026):

- Vorsitzender: Christian Freiherr von Stetten, MdB (CDU), Vorsitzender des PMK, Mitglied des Bundesvorstands der MIT
- Stellv. Vorsitzende: Jana Schimke, ehem. MdB (CDU, ehem. Vorstandsmitglied des PMK, Stellv. Vorsitzende der MIT, Hauptgeschäftsführerin der DEHOGA^[34]
- Stellv. Vorsitzender: Sebastian Brehm, ehem. MdB (CSU), Landesvorsitzender der **Mittelstands-Union Bayern** (MU), Mitglied im Bundesvorstand der MIT^[35]

- Stellv. Vorsitzender: Tilman Kuban, MdB (CDU), Mitglied im Vorstand des PMK
- Stellv. Vorsitzender: Paul Ziemiak, MdB (CDU), Mitglied im Vorstand des PMK, Generalsekretär der CDU NRW
- Justiziar/Schatzmeister (bis 2025^[36]): [Philipp Amthor](#), MdB (CDU)

Der Förderverein verhält sich intransparent: Die Satzung ist beim Vereinsregister nicht abrufbar. Die Sponsoren der PMK-Feste werden genannt, nicht jedoch die Höhe der Sponsorengelder pro Unternehmen /Verband.^[37]

In der Regierungskoalition zeigt sich der PMK wenig kompromissbereit. Nachdem Friedrich Merz am 19. Mai 2026 beide Koalitionsfraktionen gebeten hatte, sich nicht gegenseitig rote Linien aufzuzeigen, hat der PMK einen Tag später ein Papier mit roten Linien verabschiedet.^[38] So heißt es im Vorstandsbeschluss vom 20. Mai 2026: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen Monaten im Interesse der Handlungsfähigkeit der Bundesregierung Verantwortung übernommen und Kompromisse ermöglicht – unter anderem bei der Errichtung des Sondervermögens und dem Rentenpaket. Diese Kompromissbereitschaft findet jedoch dort ihre Grenze, wo zusätzliche steuerliche Belastungen zur Diskussion gestellt, Mittel für wachstumsfördernde Maßnahmen zur Finanzierung anderer Aufgaben herangezogen oder zentrale Grundsätze einer soliden Haushaltspolitik in Frage gestellt werden.“^[39] Auch eine weitere Lockerung der Schuldenbremse wird entschieden abgelehnt.

Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)

Auch in der Legislaturperiode von 2024-2029 hat sich eine Gruppe von 21 CDU/CSU-Europaabgeordneten zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen.^[40] Über die Aktivitäten informieren die [PKM EUROPE NEWS](#).

Sprecher des PKM Europe sind:

- [Markus Ferber](#) (CSU), Gast im Bundesvorstand der MIT, Stellv. Vorsitzender der MIT-Kommission Europa^[41], Mitglied in mehreren Ausschüssen des EU-Parlaments: Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Steuerfragen, Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
- Marion Walsmann (CDU), Vorstandsmitglied der europäischen Mittelstandsvereinigung **SME Europe Group**^[42], Mitglied in mehreren Ausschüssen des EU-Parlaments: Stellv. Vorsitzende im Rechtsausschuss, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Stellv. Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, und im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

SME Europe

SME Europe der Europäischen Volkspartei setzt sich nach eigenen Angaben für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen ein.^[43] Die Leitung besteht aus dem [Vorstand](#), den [Senatoren](#) und den Arbeitsgruppen. Deutsche Vorstandsmitglieder sind:

- Marion Walsmann (CDU), Sprecherin des Parlamentskreises Mittelstand Europe
- Markus Pieper (CDU), Selbstständiger Dienstleister für Wirtschaftskammern, Unternehmen und Verbände, EU-Koordinator [Europäischer Wirtschaftssenat](#), Gründer von SME Europe, Europaabgeordneter bis 2025^[44]

Gesprächskreis mit dem BDI

Die MIT organisiert gemeinsam mit dem [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) etwa zweimal im Jahr unter dem Motto „Wirtschaft trifft Politik“ einen vertraulichen Gesprächskreis, bei dem sich Vorstände von Konzernen mit (überwiegend jungen) Politikern von CDU und CSU austauschen.^[45]

Mitwirkung der MIT und der Mittelstands-Union der CSU (MU) bei der Erarbeitung des neuen Grundsatz- und Wahlprogramms der CDU und des Koalitionsvertrags

Im [Geschäftsbericht 2023 - 2025](#) zum Mittelstandstag wird der politische Einfluss so beschrieben: „Wir, die MIT und die MU, haben gemeinsam wichtige politische Projekte in Grundsatz- und Wahlprogramm der Union und am Ende im Koalitionsvertrag verankert wie die Unternehmenssteuerreform, die Aktivrente, den Bürokratierückbau, das Ende nationaler Alleingänge in der Europapolitik, die Reform des Bürgergeldes oder die Rückkehr zu marktwirtschaftlichem Klimaschutz.“ Zum Grundsatzprogramms der CDU wird weiter ausgeführt: „Bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms waren MIT-Mitglieder in allen Fachkommissionen vertreten. Die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann MdB war stellvertretende Leiterin der Fachkommission „Versorgungssicherheit“ und hat an den Klausurtagungen der CDU-Programm-Kommission in Cadenabbia teilgenommen. Aus dem MIT-Präsidium waren etwa Dorin Müthel-Brenncke Mitglied der Fachkommission „Wohlstand“, unser Bundeschatzmeister Michael Littig war in der Fachkommission „Soziale Sicherung“ aktiv.“ Zum Wahlprogramm wird erläutert: „Die MIT war als die Wirtschaftsvereinigung früh in dessen Erarbeitung eingebunden und hat insbesondere Vorschläge aus den Fachkommissionen, Branchendialogen, Netzwerken sowie von Wirtschaftsverbänden gebündelt und in den Programmprozess eingebracht. Im Ergebnis konnten wir mit dem Wahlprogramm hochzufrieden sein und viele Forderungen im Programm durchsetzen: von der Wirtschafts-, Steuer-, und Energiepolitik über die arbeits- markt-, sozial- und Gesundheitspolitik bis hin zur Europapolitik.“

Positionen zum Klimaschutz

Abschaffung der Klimaneutralität als Klimaschutzziel

MIT und Christliche Arbeitnehmerschaft werben laut Handelsblatt in einem gemeinsamen Antrag für den 38. CDU-Bundesparteitag für eine „Neudefinition des Zieles der ‚Klimaneutralität‘“, die die EU-Kommission verfolgt.^[46] Klimaneutralität müsse heißen: 90 Prozent weniger Emissionen bis 2050. Auch soll Deutschland europäische Vorgaben und Ziele nicht mehr übererfüllen. Vielmehr sollten beim Emissionshandel mehr Zertifikate kostenfrei zugeteilt und die Rechte weniger schnell reduziert werden. Auch sollen internationale Projekte, die helfen, Emissionen einzusparen, „ohne Limitierung“ angerechnet werden. Mit solchen Forderungen wären Teile des Koalitionsvertrages nicht kompatibel.^[47]

Die Überschrift eines „Spiegel“-Artikels lautet: „Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen“.^[48] Die klimapolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Lisa Baldum, übte scharfe Kritik an dem „Offenbarungseid“: „Wenn der Antrag von CDA und MIT auf dem CDU-Parteitag eine Mehrheit findet, liegt der Unterschied zu den Klima-Leugnern der AfD nur noch in der Wortwahl, nicht aber im Handeln.“^[49]

EU-Emissionsrechtehandel

Im Bericht des MIT-Hauptgeschäftsführers beim 14. Bundesmittelstandtags (27./28.09.2019)^[50] wird die Entstehung und Durchsetzung der eigenen Klimaschutzvorschläge beschrieben: „Die Kommission Energie, Umwelt, Bau und Verkehr unter Leitung von Henning Aretz und der CSU-Bundestagsabgeordneten Daniela Ludwig hat in intensivem Austausch mit Experten ein Konzept erarbeitet, das den EU-Emissionsrechtehandel als wirksamstes Mittel für Klimaschutz befürwortet. Es enthält die Forderung, die bislang nicht im Emissionsrechtehandel befindlichen Sektoren Verkehr und Gebäude in den EU-Emissionsrechtehandel einzubeziehen, notfalls auch zunächst nur in Deutschland. Im Gegenzug sollten andere Sekturmaßnahmen (ordnungsrechtlich vorgegebene Kraftwerksschließungen, Verbot oder Diskriminierung von Antriebstechniken, Tempolimits, Fahrverbote etc.) abgeschafft bzw. vermieden und finanzielle Belastungen (EEG-Umlage, Stromsteuer etc.) beseitigt bzw. reduziert werden. Es soll zu einer völligen Neuausrichtung der Energie- und Klimapolitik kommen, die deutlich marktwirtschaftlicher ausgerichtet ist. Dieses Konzept hat der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung im März 2019 in Kaiserslautern beschlossen. Die in der CDU bis dahin bereits begonnene Debatte um eine CO₂-Steuer konnte dadurch in eine andere Richtung gelenkt werden. Durch ergänzende Vorstandsbeschlüsse und ein von der MIT in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das die europarechtliche Machbarkeit des Vorschlags bestätigt, wurde der MIT-Vorschlag weiter befördert. Der Vorschlag fand und findet immer wieder mediale Resonanz“

Konferenz der MIT Dresden und "Tichys Einblick" mit Klimaleugnern als Experten

Die MIT Dresden lud zu einem Expertenforum von "Tichys Einblick" mit dem Titel „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“ ein, das am 10. Oktober 2019 tagte.^[51] Roland Tichy gilt als einer der hartnäckigsten Klimafaktenleugner. Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[52] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments".^[53]

Die im Folgenden genannten Experten im Podium sind überwiegend Klimaleugner und Gegner der Energiewende, die bei „Tichys Einblick“ aktiv sind, als Interviewgeber und Autoren bei der neurechten „Jungen Freiheit“ mitwirken und bei Veranstaltungen der AfD auftreten:

- André Thess, Inhaber des Lehrstuhls für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, Mitglied von [Nuklearia](#), Erstunterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen^{[54][55]}
- Michael Beckmann, Lehrstuhlinhaber für Energie- und Speicherverfahrenstechnik an der Technischen Universität Dresden, Unterzeichner der „Stuttgarter Erklärung“, in der gefordert wird, den Ausstieg aus der Kernenergie rückgängig zu machen. Er hält die Energiewende für richtig und wichtig^[56]
- Fritz Vahrenholt, Dipl.-Chemiker, ehem. RWE-Manager, prominenter Leugner des menschengemachten Klimawandels^{[57][58][59]}, Referent beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#)^[60], Mitglied des [Academic Advisory Council](#) der [Global Warming Policy Foundation](#), unterzeichnete im Herbst 2019 einen von der niederländischen Klimaleugnerorganisation [Clintel](#) verfassten Erklärung, in der behauptet wird, es gäbe keine Klimakrise.^[61] Im Portal [Kalte Sonne](#) schreibt er eine wöchentliche Kolumne. Vahrenholt ist Autor von [Tichys Einblick](#) sowie Interviewgeber der [Jungen Freiheit](#) und deren JF-TV. und hält Vorträge bei der AfD.^[62] Weiterhin ist er Unterstützer der Anti-Windkraft-Initiative [Vernunftkraft](#)^[63]

- Antje Hermenau, Unternehmensberaterin, ehem. Grünen-Politikerin, Senatsbeauftragte Sachsen des [Bundesverbands mittelständische Wirtschaft](#) (BVMW), vertritt die Meinung, dass der Klimawandel erfunden wurde, damit wir nicht aufbegehren und der Deutsche was zu tun hat.^[64] Sie ist Autorin der [Jungen Freiheit](#) und wirkt bei [TichysTalk](#) und [Tichys Ausblick](#) mit. 2016 trat sie in Döbeln als Gast einer AfD-Veranstaltung auf.^[65]
- Frank Hennig, früher in Kohlekraftwerken eines großen Versorgers beschäftigt, ist Experte des Atom-Lobby-Verbands [Kernd](#) sowie Referent bei einer Vielzahl von Veranstaltungen der AfD^{[66][67]}, dessen Veröffentlichungen regelmäßig beim Klimaleugner-Institut [EIKE](#) wiedergegeben werden.^[68] Er schreibt Kolumnen bei [Tichys Einblick](#) und ist Interviewpartner der [Jungen Freiheit](#)
- Jörg Petzold, Geschäftsführender Gesellschafter der Optima Maschinenteile-Fertigungstechnik GmbH
- Werner Patzelt, Politikwissenschaftler, von dem sich die Technische Universität Dresden aufgrund seiner AfD-Nähe und seinem Sympathisieren mit der Pegida-Bewegung 2019 getrennt hat^[69], ist Interview-Partner bei [Tichys Einblick](#) sowie Autor der [Jungen Freiheit](#) und war Moderator der Tagung, auf der die „Stuttgarter Erklärung“ initiiert wurde. Beim [FORUM FREIHEIT 2018](#) der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) (Leitung: Roland Tichy) moderierte Patzelt das Panel „Das deutsche und europäische Immigrationsproblem“ mit Gerd Papke, Vera Lengsfeld und Thilo Sarrazin als Referenten

Die „Sächsische Zeitung“ kommentierte die Konferenz wie folgt: „Wenn man dann die frühere sächsische „Grünen-Ikone“ Antje Hermenau hört, die an der Seite von Roland Tichy moderiert - mit spöttischer Bemerkung über einen Unternehmer, der sich als CDU-Mitglied outet („mein Beileid“), sollte vielleicht die sächsische CDU-Spitze spätestens mal überlegen, warum Veranstaltungen unter ihrer „Fahne“ so laufen wie sie zunehmend laufen.“^[70]

Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit

Der Antrag des MIT-Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert eine Reform der Teilzeit-Regelungen. Der Rechtsanspruch auf (Brücken-) Teilzeit soll zukünftig nur bei Vorliegen einer besonderen Begründung gelten. Besondere Gründe können beispielsweise die Erziehung von Kindern, die Pflege von Angehörigen oder eine berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung sein. Nicht besonders begründete Teilzeit kann weiterhin einvernehmlich zwischen den Arbeitsvertragsparteien vereinbart werden – jedoch ohne gesetzlichen Rückkehranspruch in Vollzeit. Für den Bezug ergänzender und aufstockender Sozialleistungen (Grundsicherung, Kinderzuschlag, Wohngeld) soll ein grundsätzlicher Vollzeit-Vorbehalt gelten. Die Kombination von Teilzeit und Sozialleistungen wird nur bei Vorliegen besonderer Gründe möglich sein. Die Solidargemeinschaft darf nicht die Work-Life-Balance von Aufstockern finanzieren.“^[71]

Diese Forderung stieß auf vielfältige Kritik. Der SPD-Sozialpolitiker Bernd Ritzel bezeichnete sie als realitätsfremd und rückwärtsgewandt: Wer in Zeiten von Fachkräftemangel auf Zwang statt auf attraktive Arbeitsbedingungen setze, verkenne die Ursachen des Problems und entziehe Beschäftigten ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung.^[72] Grünen-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann kritisierte: „Die Union hat offenbar keine Ahnung, wie die Lebenswirklichkeit von Frauen aussieht“.^[73] Viele von ihnen gäben jeden Tag alles, um den Spagat zwischen Arbeit und Familie hinzubekommen. Der [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#) forderte in einem Brief an Bundeskanzler Merz die Entlassung der MIT-Vorsitzenden Gitta Connemann als Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand.^[74]

Telefonische Krankschreibung abschaffen

Der Antrag des MIT -Bundesverbandes an den 38. CDU-Bundesparteitag Ende Februar 2026 lautet:

„Der Parteitag möge beschließen:

Die CDU Deutschlands fordert, die Möglichkeit eine Arbeitsunfähigkeit nach telefonischer Anamnese festzustellen, aufzuheben“.^[75] In der Begründung heißt es u.a.: „Mit durchschnittlich 22,3 Krankheitstagen liegen wir in Deutschland weiterhin auf einem Rekordniveau. Ursachen sind u. a. Nachholeffekte bei Infekten, mehr chronische Erkrankungen, psychische Belastungen sowie die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU), durch die auch Kurzzeit-Erkrankungen statistisch erfasst werden. Großzügige Entgeltfortzahlung, geringe Jobverlustsorgen und Fehlanreize wie die telefonische Krankschreibung gelten zusätzlich als Gründe für die hohe Krankenquote.“

Der Vorsitzende des Hausärzteverbands warnt vor der Abschaffung: "Alle bisherigen Auswertungen der Krankenkassen bestätigen, dass die telefonische Krankschreibung nicht zu einem höheren Missbrauch bei Krankschreibungen führt [...] Wer die telefonische Krankschreibung abschafft, der trägt die Verantwortung dafür, dass sich in Zukunft wieder unzählige Patientinnen und Patienten ohne Not in die Praxen schleppen müssen".“.^[76]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

Die MIT positionierte sich 2020 klar gegen ein strenges deutsches Lieferkettengesetz.^[77] Insbesondere wollte die MIT die Zahl der Unternehmen beschränken, für das Lieferkettengesetz gelten sollte. Auch eine tatsächliche zivilgesellschaftliche Haftung bei Verstößen gegen das Gesetz lehnte die MIT ab. Ohne eine solche Haftung wäre das Gesetz aber wirkungslos, wie u.a. die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte.^[78] Darüber hinaus resultiere aus dem Gesetz die „Gefahr einer ausufernden Belastung für die durch die Corona-Krise ohnehin schon stark geschwächte Wirtschaft“, so die MIT.^[77] Führende Ökonomen widersprachen dem.^[79] Der Wirtschaftsweise Achim Truger bemerkte, dass „Eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen“. ^[80] Der ehemalige Vorsitzende und Ehrenvorsitzender der MIT Hans Michelbach forderte gar die ersatzlose Streichung der Pläne für ein deutsches Lieferkettengesetz.^[81]

Einflussnahme:

Die MIT war maßgeblich an einer konzertierten Briefaktion^[82] des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von 28 Wirtschaftsverbänden Ende März 2021 beteiligt, in welcher sie die Bundestagsabgeordneten zu einer Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes aufforderten. Diese Aktion sei „seitens der MIT im Hintergrund koordiniert“, wie das MIT dem BMWi in einer Email vom 25. März 2021 mitteilte, die Misereor und dem Global Policy Forum vorliege.^[83] Diese politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit sei laut einem weiteren Bericht von Misereor^[79] nicht überraschend, wenn man sich die „personellen Überschneidungen“ vergegenwärtigte. So seien beispielsweise die beiden stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentskreis Mittelstand Hans Michelbach und Marie-Luise Dött beide Mitglieder des Präsidiums des Handelsverband Deutschland (HDE). Auch der HDE war einer der Unterzeichner des Appells

und hatte sich bereits an anderer Stelle gegen ein nationales Lieferkettengesetz positioniert.^[84] Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „Regelungen wurden abgeschwächt“.³ Ein Artikel von LobbControl (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmerverbänden und CDU/CSU beim Lieferkettengesetz findet sich [hier](#).

Europäisches Lieferkettengesetz

In ihrem Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“, berichten Misereor, Brot für die Welt und das Global Policy Forum auch beim europäischen Gesetz von einem „konzertierten Vorgehen von Lobbyverbänden und dem Wirtschaftsflügel [der CDU]“.^[79] So hatte sich die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) am 11. März 2021 - vor dem Hintergrund des Gesetzesaufschlags des europäischen Parlaments- in einer Email an das damals von Peter Altmaier (CDU) geführte Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) gewendet. Die Aussage lautete: „Neben den aktuellen Planungen der Bundesregierung zu einem nationalen Lieferkettengesetz gibt es noch besorgniserregendere Planungen des Europaparlaments für eine EU-weite Regelung.“ Weiter hätte die MIT gewarnt: „Damit würden die bisherigen ‚Erfolge‘ (BMWi) in den Verhandlungen über das deutsche Gesetz über Bord geworfen.“ Diese erwähnten „Erfolge“ seien laut dem Bericht von MISEOR nichts anderes als „die Verwässerungen des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, welche das BMWi mit der Kabinettsmeinung am 3. März 2021 durchgesetzt hatte.“ Die MIT appellierte an das BMWi: „Wir müssen alle Anstrengungen verwenden, Schlimmeres zu verhindern“. Der Bericht von Misereor zeigt auch, dass der damalige Wirtschaftsminister Altmaier ein offenes Ohr für die Positionen der Vereinigung hatte: Eine Videokonferenz zur Planung entsprechender Maßnahmen war bereits für die folgende Woche terminiert, für „eine kleine, aber feine und wichtige Runde“, wie es damals von Altmaier hieß.^[79]

Schattenberichterstatter Axel Voss, MEP

Darüber hinaus hatte die Mittelstands- und Wirtschaftsunion auch in den zuständigen Ausschüssen des europäischen Parlaments Einfluss auf das Gesetz. So saß der EVP-Abgeordnete und zugleich Mitglied der MIT, Axel Voss, als Schattenberichterstatter im zuständigen Justizausschuss. Dieser hatte sich seit Januar 2021 mit 14 verschiedenen Interessenvertretern aus der Wirtschaft (z.B. BDA, DIHK, BPI, BMW) und auch Lobbyagenturen (z.B. B-Connect, welche u.a. die dem Gesetz kritisch gegenüberstehende Chinesische Handelskammer in Deutschland e. V. vertreten^[85]) getroffen. Mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Umweltverbänden gab es mit Voss (Stand November 2022) nur ein einziges Treffen.^[86]

Forderungen nach "Belastungsstopp für die Wirtschaft"

Im März 2022 forderte die MIT angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine einen "Belastungsstopp für die Wirtschaft" bzw. weitergehend Entlastungen von Unternehmen.^[87] Kurz vorher hatte die MIT "in Zusammenarbeit mit 25 Wirtschaftsverbänden" eine umfangreiche Forderungsliste veröffentlicht. [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher \(DE\)](#) Darin positioniert sich die MIT beispielsweise gegen das europäische Lieferkettengesetz: "Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette sind betriebspraktisch nicht darstellbar, schon Sorgfaltspflichten über die erste Zuliefererstufe hinaus sind illusorisch.“^[88] Anders ist die Sicht von über 100 Unternehmen und Investoren auf das EU-Lieferkettengesetz: Ein wirksames Gesetz inkl. Haftungsregeln werde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen und sicherstellen, dass für alle der gleiche Standard gelte.^[89]

Rundfunkreform

Mit Beschluss vom 17. März 2021 hat der MIT-Bundesvorstand ein [Reformkonzept](#) zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. Ziel sei ein Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert. Die Reformvorschläge sehen u.a. vor:

- Das Informations, Bildungs- und Kulturangebot muß gestärkt und verbessert werden, z. B. durch mehr Korrespondenten im In- und Ausland
- Mit Blick auf die Kosten ist für die Übertragung von Sportereignissen darauf zu achten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht zu einem Wettbewerb beiträgt, der den Erwerb der Rechte immer teurer macht
- Das Unterhaltungsangebot sollte sich nicht am Wettbewerb mit privaten Anbietern um die höchsten Einschaltquoten orientieren, sondern am öffentlichen Auftrag des beitragsfinanzierten Rundfunks.
- Angestrebt wird die Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten unter einem Dach, d. h. ARD und ZDF sollen fusionieren. Die künftige Sendeanstalt bietet verschiedene nationale Programme (Voll- und Spartenprogramme) und regionale Fenster an
- Es gibt keinerlei Werbung und Sponsoring
- Es gibt einen niedrigeren Rundfunkbeitrag pro Person, juristische Personen sind befreit

An der Ausarbeitung des Reformkonzepts waren [Carsten Linnemann](#) (MIT-Vorsitzender), Stefan Müller (Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Bundestagsfraktion) und der Wettbewerbsökonom [Justus Haucap](#) beteiligt^[90], der an einer Kampagne zur weitgehenden Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mitgewirkt hat.^[91] Aus seiner Sicht ist ein öffentlich finanzierter Rundfunk nicht zwingend notwendig.^[92] Der maßgebliche Vorstandsbeschluss enthält ein grundsätzliches Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sponsoring

Veranstaltungsformate und Optionen

Laut [Sponsoring-Anfrage](#) können folgende Veranstaltungsformate gesponsert werden:

- Parlamentarischer Abend der MIT/Deutscher Mittelstandspreis
- MIT:FUTURA
- Bundesmittelstandstag
- Sonstige Veranstaltungen

Als Sponsoringoptionen werden genannt:

- Aussteller
- Logosponsoring
- Sachsponsoring

Beispiel: Bundesmittelstandstag

Die Sponsoren des Bundesmittelstandstages 2025 sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft \(bdew\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft e.V.](#)

- [Bundesverband EnergieMittelstand UNITI](#)
- [Deutsche Vermögensberatung](#)
- [Die Familienunternehmer](#)
- [steag igony group](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)

Mitglieder

Die MIT hat ca. 25.000 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte zugleich Mitglied bei CDU oder CSU ist.^[93] Das „typische MIT-Mitglied“ ist Unternehmer oder sonstige Führungskraft, vor allem aus politischen Gründen in der MIT, zwischen 50 und 60 Jahre alt, seit mindestens 10 Jahren MIT-Mitglied, engagiert, spendenbereit und mit den Angeboten und der Ausrichtung der MIT sehr zufrieden.^[94] Laut [Eintrag im Lobbyregister](#) gehören zu den Mitgliedern der MIT der [Verband der Automobilindustrie](#) (Mitglieder; Audi, BMW, Porsche, Ford, MAN, Mercedes-Benz, Stellantis, VW), Bundesverband der Deutschen Spirituosen-Industrie und-Importeure, Immobilienverband Deutschland IVD Bundesverband der Immobilienberater, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, [Bundesverband Deutscher Banken](#), Bundesverband der Freien Berufe

Bundesmittelstandstag

Das höchste Organ der MIT ist laut Satzung der Bundesmittelstandstag, der aus 450 gewählten stimmberechtigten Delegierten besteht, zu denen auch Vertreter der Arbeitsgemeinschaft [Mittelstands-Union](#) der CSU (MU) gehören. Er nimmt die Geschäftsberichte und Prüfungsberichte entgegen und erteilt Entlastung.

Der Geschäftsbericht mit Tagungsunterlagen für den Bundesmittelstandstag 2025 ist [hier](#) abrufbar. Auf dem Mittelstandstag sind auch Wirtschaftsverbände mit eigenen Informationsständen vertreten (Beispiel: Bundesverband EnergieMittelstand (UNITI)).^[95]

Bundesvorstand

Zusammensetzung

Der [Bundesvorstand](#) besteht satzungsgemäß aus den folgenden Mitgliedern:

- a) dem/den Ehrenvorsitzenden
- b) dem Bundesvorsitzenden
- c) den 6 Stellv. Bundesvorsitzenden, von denen einer auf alleinigen Vorschlag der Arge [Mittelstands-Union der CSU](#) (MU) gewählt wird
- d) einem vom Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU Bundestagsfraktion (PKM) zu benennenden Vertreter
- e) dem Bundesschatzmeister
- f) dem Hauptgeschäftsführer
- g) dem Mitgliederbeauftragten
- h) 35 weiteren Mitgliedern

Mitglieder des Bundesvorstands

Die Mitglieder des Bundesvorstands sind [hier](#) abrufbar.

Bundesvorsitzende ist [Gitta Connemann](#), MdB (CDU), Rechtsanwältin, Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand (PMK), Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie und Beauftragte der Bundesregierung für den Mittelstand. Ihr Vorgänger war [Carsten Linnemann](#).

Stellv. Vorsitzende sind u.a.

- Matthias Heider, Co-Vorsitzende der Kommission Wirtschaft/Handwerk/Handel/Tourismus, Rechtsanwalt, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Stellv. Vorsitzender im Ausschuss für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestags, Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzender der Parlamentariergruppe USA
- Jana Schimke, Co-Vorsitzende der Kommission Arbeit/Soziales, Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU), Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags, Stv. Vorsitzende CDU Brandenburg, Vorstandsmitglied im Parlamentskreises Mittelstand, ehem. Mitarbeiterin der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Abteilung Arbeitsmarktpolitik)
- Ruth Baumann ^[96]
- Sebastian Brehm, MdB CSU ^[97]
- Christoph Fay ^[98]
- Dorin Müthel-Brennke ^[99]
- Vertreter des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PMK): Christian Frhr. von Stetten, MdB
- Bundesschatzmeister: Michael Littig ^[100]
- Hauptgeschäftsführer: Stefan Lange

Gäste im Bundesvorstand:

- Oliver Zander, Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmetall](#) ^[101]
- Florian Lemor, Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer ^[102]
- Sylvia Mein, Geschäftsführerin des Deutschen Steuerberaterverbands ^[103]
- Elmar Forster, Vorsitzender des Fachwerknetzwerkes Handwerk ^[104]
- Andrea Klieve, Geschäftsführerin apodirect GmbH (Deutsche Apotheker- und Ärztebank e.G.) ^[105]

Beisitzer im Bundesvorstand

Viele der Beisitzer sind unternehmerisch tätig; einige sind auch im Wirtschaftsrat der CDU aktiv. [Thomas Köster](#) ist Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)

Präsidium

Die in der Satzung unter Buchst. a) bis f) genannten Mitglieder des Bundesvorstands sowie 3 weitere Mitglieder, die der Bundesvorstand aus seiner Mitte wählt, bilden das Präsidium.

Auslandsverband Belgien

Vorsitzender der Brüsseler Zweigstelle ist Bastian Biermann, Leiter der Stabsstelle Europa im PKV-Verband.
^{[106][107]}

Kommissionen

Die politischen Positionen werden in den folgenden Kommissionen erarbeitet, in denen Politiker und Vertreter der Wirtschaft zusammenarbeiten:

- **Arbeit/Soziales:** Oliver Zander, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Hauptgeschäftsführer von [Gesamtmittel](#)^[108]
- **Energie/Klimaschutz/Umwelt:** Peter Meyer, Co-Vorsitzender der Kommission, ist Leiter Außenbeziehung bei [Zukunft Gas](#)^[109]
- **Gesundheit/Pflege:** Florian Lemor, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Hauptgeschäftsführer der Bundeszahnärztekammer^[110]
- **Steuern/Haushalt/Finanzen:** Sylvia Mein, Co-Vorsitzende der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Geschäftsführerin des Deutschen Steuerberaterverbands.^[111] Mitglied der Kommission ist der [Bundesverband Deutscher Banken](#) ^[112]
- **Wirtschaft/Innovation/Handwerk/Handel/Tourismus:** Elmar Forster, Co-Vorsitzender der Kommission und Gast im Bundesvorstand, ist Co-Vorsitzender des Fachnetzwerkes Handwerk^[113]

Kommissionen wurden auch auf Länderebene gegründet, so beim Landesverband Hessen. Deren "Kommission Digitales" wird von Steffen Reitz, MIT-Beisitzer, geleitet, dessen [Steffen Reitz Consulting](#) Spitzenunternehmen im Bereich Banken, Finanzdienstleistungsunternehmen und im öffentlichen Bereich berät. Ziel der Kommission ist es, im Gleichklang mit dem „Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation“ Hessen voranzubringen.^[114]

Finanzen

Die MIT finanziert ihre politische Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und anderen Einnahmen. Für die Annahme von Spenden gelten die gesetzlichen Bestimmungen und §§ 5 - 8 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU. 2024 betrugen die Einnahmen ca. 1,3 Mio. Euro, die Ausgaben ca. 1,4 Mio. Euro.^[115]

Weiterführende Informationen

- [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#),

Einzelnachweise

1. ↑ [Bundesmittelstandtag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 24.02.2026
2. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
3. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 22.02.2026
4. ↑ [MIT](#), mit-wf.de, abgerufen am 13.02.2026

5. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
6. ↑ [Präsidium](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 14.02.2026
7. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
8. ↑ [Glückwunsch!](#), mit-bund.de vom 22.01.2022, abgerufen am 29.01.2025
9. ↑ [Kleine und mittlere Unternehmen](#), destatis.de, abgerufen am 21.02.2026
10. ↑ [VDA Mittelstandstag](#), vda.de, abgerufen am 24.02.2026
11. ↑ [Bundesmittelstandstag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
12. ↑ [Bundesmittelstandstag 2025](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
13. ↑ [Geschäftsbericht 2024/25](#), krone-group.com, abgerufen am 20.02.2026
14. ↑ [Insovenzverfahren](#), hauesliche-pflege.net vom 31.03.2025, abgerufen am 21.02.2026
15. ↑ [Geschäftsbericht 2024](#), abgerufen am 20.02.2026
16. ↑ [UMP Finanzbericht 2025: Positiver Jahresabschluss - starker Cashflow](#), upm.com vom 04.02.2026, abgerufen am 20.02.2026
17. ↑ [Waschbär GmbH](#), wer-zu-wem.de, abgerufen am 21.02.2026
18. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
19. ↑ [„Stargast“ Julian Reichelt heute bei Talkshow im Europa-Park – heftige Kritik an Junger Union](#), merkur.de vom 11.10.2024, abgerufen am 08.02.2026
20. ↑ [Unsere Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 13.05.2021
21. ↑ [MIT Belgien wählt Bastian Biermann zum Vorsitzenden](#), mit-belgien vom 27.05.2024, abgerufen am 29.01.2026
22. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand](#), kas.de, abgerufen am 13.02.2026
23. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2024](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
24. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
25. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 12.02.2026
26. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 13.02.2026
27. ↑ [Sponsoren](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 12.02.2026
28. ↑ [Das PKM-Sommerfest](#), pkm-sommerfest.de, aberufen am 06.03.2026
29. ↑ [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#), lobbycontrol.de vom 05.03.2026, abgerufen am 06.03.2026
30. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2025](#) cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
31. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand 2024](#), cduscsu.de, abgerufen am 12.02.2026
32. ↑ [Wie der Wirtschaftsflügel in der CDU zum Machtzentrum wurde](#), handelsblatt.com vom 25.01.2026, abgerufen am 01.02.2026
33. ↑ [PKM Journal Juli 2025](#), pkm-sommerfest.de, abgerufen am 13.02.2026
34. ↑ [Jana Schimke wird neue Hauptgeschäftsführerin des DEHOGA Bundesverbands](#), dehoga-berlin.de vom 04.09.2025, abgerufen am 12.02.2026
35. ↑ [Sebastian Brehm](#), sebastianbrehm.de, abgerufen am 12.02.2026
36. ↑ [Philipp Amthor](#), bundestag.de, abgerufen am 11.02.2026
37. ↑ [CDU-Wirtschaftsflügel: Einfallstor für Konzerninteressen](#), lobbycontrol.de vom 05.03.2026, abgerufen am 06.03.2026
38. ↑ [Kaum lehnt Merz rote Linien ab, schon zieht die Union sie](#), sueddeutsche.de vom 21.05.2026, abgerufen am 23.05.2026
39. ↑ [Beschluss des Vorstandes des Parlamentskreis Mittelstand \(PKM\) der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag](#), cdu-rhein-berg.de vom 20.05.2026, abgerufen am 23.05.2026
40. ↑ [Parlamentskreis Mittelstand Europe](#), cduscu.eu, abgerufen am 29.01.2026

41. ↑ [Markus Ferber MdEP](#), mit-bund.de, abgerufen am 16.02.2026
42. ↑ [Board](#), smeeurope.eu, abgerufen am 01.02.2026
43. ↑ [About](#), smeeurope.eu, abgerufen am 16.02.2026
44. ↑ [EU Koordinator](#), wec-iws.de, abgerufen am 16.02.2026
45. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
46. ↑ [CDU will den Begriff „klimaneutral“ neu definieren](#), handelsblatt.com vom 14.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
47. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
48. ↑ [Diese Kräfte wollen die CDU zur Anti-Klima-Partei machen](#), spiegel.de vom 23.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
49. ↑ [Verabschiedet sich die CDU von den Klimazielen](#), sueddeutsche.de vom 20.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
50. ↑ [Wir sind alle Wirtschaft 14. Bundesmittelstandstag 27./28.09.2019](#), mit-bund.de, abgerufen am 14.05.2021
51. ↑ [Einladung zu Tichys Einblick „Wie retten wir uns vor der Energiewende?“](#), mit-dd.de vom 20.09.2022
52. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 12.10.2022
53. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
54. ↑ [Vorwurf: Zu große Nähe zu Klimaleugnern](#), focus.de vom 29.07.2022, abgerufen am 11.10.2022
55. ↑ [Nuklearia](#), facebook.com , abgerufen am 11.10.2022
56. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
57. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020, abgerufen am 11.10.2022
58. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spektrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 11.10.2022
59. ↑ [Wie redlich ist Vahrenholts Buch „Die kalte Sonne“?](#), klimafakten.de, abgerufen am 14.10.2022
60. ↑ [Fritz Vahrenholt: Warum die deutsche Energiewende verantwortungslos ist](#), eike-klima-energie.eu], abgerufen am 11.10.2022
61. ↑ [Es gibt keinen Klimanotstand](#), clintel.org, abgerufen am 11.10.2022
62. ↑ [AfD Kreisverband Vulkaneifel](#), facebook.com vom 21.10.2020, abgerufen am 12.10.2022
63. ↑ [Menschen](#). vernunftkraft.de, abgerufen am 14.10.2022
64. ↑ [Bizarre Klimakonferenz in Stuttgart](#), kontextwochenzeitung.de vom 13.07.2022, abgerufen am 12.10.2022
65. ↑ [Antje Hermenau am AfD-Stammtisch](#), saechsische.de vom 16.09.2016, abgerufen am 13.10.2022
66. ↑ [Die Sächsische AfD-Landtagsfraktion informierte über die Energiewende](#), afd-nordsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
67. ↑ [AfD-Fraktion vor Ort: Energiewende - Die Wende ins Ende?](#), afd-mittelsachsen.de, abgerufen am 12.10.2022
68. ↑ [Frank Hennig](#), eike-klima-energie.eu, abgerufen am 12.10.2022
69. ↑ [Dresdner Politikwissenschaftler](#), focus.de vom 19.01.2019, abgerufen am 11.10.2022
70. ↑ [Politik in Sachsen - Die Morgenlage](#), saechsische.de vom 11.10.2022, abgerufen am 13.10.2022
71. ↑ [Kein Rechtsanspruch auf Lifestyle-Teilzeit](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
72. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026

73. ↑ [CDU-Flügel fordert Ende von „Lifestyle-Teilzeit“](#), sueddeutsche.de vom 25.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
74. ↑ [Kritik an Connemann Ein Brandbrief des Mittelstands an Kanzler Merz](#), zdfheute.de vom 06.02.2026, abgerufen am 24.02.2026
75. ↑ [Telefonische Krankschreibung abschaffen](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
76. ↑ [Hausärzte warnen vor Abschaffung](#), tagesschau.de vom 21.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
77. ↑ ^{77,077,1} [UNVERHÄLTNISSMÄßIGES LIEFERKETTENGESETZ VERHINDERN](#) mit-bund.de vom 18.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
78. ↑ [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
79. ↑ ^{79,079,179,279,3} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten S.6](#), misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
80. ↑ [Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“](#) taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
81. ↑ [CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden](#) reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
82. ↑ [Streit um Lieferkettengesetz eskaliert: Verbände und Unionspolitiker proben den Aufstand](#) handelsblatt.de vom 06.04.2021, abgerufen am 23.11.2022
83. ↑ [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022.](#) globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
84. ↑ [Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene ausgestalten](#) ehdv.de vom 17.02.2021, abgerufen am 10.11.2022
85. ↑ [Lobbyregister: B-Connect](#) lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 23.11.2022
86. ↑ [Transparency](#) europa.eu, n.D., abgerufen am 23.11.2022
87. ↑ [Belastungsstopp jetzt: Unternehmen in der Krise nicht weiter belasten](#), mit-bund.de vom 31.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
88. ↑ [Liste mit EU-Regulierungen mit belastenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Verbraucher](#) mit-bund.de vom 10.03.2022, abgerufen am 20.05.2022
89. ↑ [Mehr als 100 Unternehmen und Investoren fordern wirksames EU-Sorgfaltspflichtengesetz](#), business-humanrights.org, Unternehmens-Statment als pdf (engl.), abgerufen am 20.05.2022
90. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer, Mittelstandsmagazin 01/21](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
91. ↑ [Eine Liberale Rundfunkordnung für die Zukunft Gutachten im Auftrag von PROMETHEUS September 2015](#), zwangsbeitrag.info., abgerufen am 21.06.2021
92. ↑ [Für eine umfassende Rundfunkreform Zu groß, zu teuer, Mittelstandsmagazin 01/21](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.05.2021
93. ↑ [17. Bundesmittelstandstag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion \(MIT\) in Köln](#), mit-bund.de vom 26.09.2025, abgerufen am 14.02.2026
94. ↑ [Mitglieder](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
95. ↑ [UNITI auf dem Bundesmittelstandstag](#), uniti.de, abgerufen am 24.02.2026
96. ↑ [Ruth Baumann](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
97. ↑ [Sebastian Brehm](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
98. ↑ [Chritoph Fay](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
99. ↑ [D. Müthel-Brennke](#) mit-bund, abgerufen am 13.02.2024
100. ↑ [Michael Littig](#), mit-bund.de, abgerufen am 26.01.2026
101. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026

102. ↑ [Peter Meyer](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
103. ↑ [Sylvia Mein](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
104. ↑ [Elmar Forster](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
105. ↑ [Andrea Klieve](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
106. ↑ [Auslandsverbände](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026
107. ↑ [Rechenschaftsbericht 2025](#), pkv.de, abgerufen am 29.01.2026
108. ↑ [Oliver Zander](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
109. ↑ [Peter Meyer](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
110. ↑ <https://www.mit-bund.de/content/florian-lemor> Florian Lemor], mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
111. ↑ [Sylvia Mein](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
112. ↑ [Bundesverband Deutscher Banken](#), lobbyregister.de, abgerufen am 23.02.2026
113. ↑ [Elmar Forster](#), mit-bund.de, abgerufen am 21.02.2026
114. ↑ [Digitales](#), mit-hessen.de, abgerufen am 22.02.2026
115. ↑ [Geschäftsbericht 2023 - 2025, Anlage zum Bericht des Bundesschatzmeisters](#), mit-bund.de, abgerufen am 29.01.2026

European Internet Forum

Das **European Internet Forum** (EIF) ist eine beim EU-Parlament nicht registrierte sogenannte [Intergroup](#), die EU-Abgeordnete mit Industrievertretern (hauptsächlich Internet-Konzernen) zusammenbringt. 2014 wurde die European Internet Foundation in European Internet Forum umbenannt.

European Internet Forum

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Intergroup von EU-Abgeordneten und Unternehmen

Gründungsdatum 2000

Hauptsitz Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse [European Internet Forum](#)
e

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	27
2 Organisationsstruktur und Personal	27
2.1 Mitglieder	27
2.2 Steuerungsgruppe ("Steering Committee")	27
2.3 Board of Management	27
2.4 Geschäftsführung	28
3 Finanzen	28
4 Fallstudien und Kritik	28
5 Partner	28
6 Weiterführende Informationen	28
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
8 Einzelnachweise	28

Aktivitäten

Das EIF wurde im Jahr 2000 von drei Europaabgeordneten gegründet, darunter [Erika Mann](#).^[1] Eine wichtige Rolle bei der Gründung spielte [Peter Linton](#), „Senior Consultant“ bei der PR- und Lobbyagentur [Burson-Marsteller](#), später „Senior Advisor“ beim EIF.^{[2][3]}

Laut ihrer Webseite ("About US") besteht die Aufgabe des Diskussionsforums und Kommunikationsnetzwerks EIF darin, die Mitglieder des Europäischen Parlaments dabei zu unterstützen, Politik und Regulierungen entsprechend dem wachsenden Potential von Internet und neuen Technologien zu gestalten. Im [EU Transparenz-Register](#) werden als Strategien bzw. Legislativvorschläge genannt: Digital Agenda for Europe, all digital policies and new proposals. Das EIF gibt [Publikationen](#) heraus und organisiert Gespräche, [Veranstaltungen](#) und [Study Visits](#) zu digitalpolitischen Themen. An den Veranstaltungen und Gesprächen nehmen Vertreter der Mitgliedsfirmen, EU-Abgeordnete und leitende Mitarbeiter der EU-Kommission teil. Über die genannten gemeinsamen Aktivitäten mit EU-Abgeordneten und Mitarbeitern der Kommission erhalten Internet-Unternehmen und Anbieter neuer Technologien die Möglichkeit, die europäische Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Es gibt drei Formen der Mitgliedschaft: [Political members](#) (EU-Parlamentarier), [Business members](#) (europäische Internet-/IT-Unternehmen) und [Associate members](#) (im Wesentlichen europäische Verbände). Im März 2021 waren 63 Abgeordnete des Europäischen Parlaments (MEP), 50 Unternehmen und 64 assoziierte Organisationen Mitglieder. Zu den deutschen Abgeordneten gehören [Angelika Niebler](#) (vgl. Steuerungsgruppe), Patrick Breyer (EFA/Piratenpartei), Daniel Caspary (EPP/CDU), Alexandra Geese (EFA/Die Grünen), [Andreas Schwab](#) (EPP/CDU), Sabine Verheyen (EPP/CDU) und Rainer Wieland (EPP/CDU). Business members sind u.a. [Amazon](#), [Apple](#), [Facebook](#), Microsoft, Netflix, Samsung, SAP, Sky und die Telekom.

Steuerungsgruppe ("Steering Committee")

Leitungsgremium ist die [Steuerungsgruppe](#), die aus bis zu 15 [Political members](#), allen 14 Mitgliedern des Board of Management und James Ellis, Mitgründer und ehem. MEP, besteht. Vorsitzender/Vorsitzende ist ein Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die Vorsitzende ("Chair") der Steuerungsgruppe, die spanische Abgeordnete Pilar de Castillo Vera (EPP), ist Mitglied im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#) des EU-Parlament sowie Mitglied weiterer [Intergroups](#). Deutsches Mitglied der Steuerungsgruppe ist [Angelika Niebler](#) (EPP/CSU), Stellv. Parteivorsitzende der CSU, Mitglied im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie \(ITRE\)](#) und Präsidentin des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#).

Board of Management

Die 14 Mitglieder des Board of Management sind [hier](#) abrufbar. Board Chair ist Nicola Frank, Head of Institutional and International Relations der European Broadcasting Union (EBU). 8 Mitglieder sind Business-members, 6 sind Associate-members.

Geschäftsführung

Die Geschäftsstelle der EIF liegt unweit des EU-Parlaments in der Avenue des Arts und ist mit vier hauptamtlichen Mitarbeitenden besetzt.

Geschäftsführerin ist [Maria Rosa Gibellini](#)

Chefberater ("Senior Advisor") ist Peter Linton, der auch "Senior Consultant" von [Burson-Marsteller](#) ist

Finanzen

Das Forum wird ausschließlich über Mitgliedsbeiträge für Business members und Associate members finanziert. Das Gesamtbudget lag im Jahr 2020 bei ca. 600 Tsd. Euro.

Fallstudien und Kritik

Einige der EU-Abgeordneten, deren Änderungsanträge zum Entwurf der EU-Datenschutzverordnung zum Teil aus Industriedokumente stammten, waren Mitglieder der EIF. Dazu gehören [Malcom Harbour](#)^[4] und [Giles Chichester](#)^[5]. Auch [Amazon](#) und [E-Bay](#), aus deren Dokumenten kopiert wurde, sind EIF-Mitglieder.

Partner

Zu den Partnern gehören: [EU40](#) (Plattform von MEPs und Abgeordneten nationaler Parlamente unter 40 Jahren), [Transatlantic Policy Network](#) und [Digital Policy Alliance](#)

Quelle: ^[6]

Weiterführende Informationen

- [Intergroups](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Political Leadership for Digital society](#), internetforum.eu, abgerufen am 05.03.2021
2. ↑ [Lobbying under the radar](#), corporateeurope.org vom 24.05.2011
3. ↑ [Speaker Profile](#), internetforum.eu, abgerufen am 05.03.2021
4. ↑ [Speaker Profile Malcolm Harbour](#), eifonline.de, abgerufen am 27.12.2016
5. ↑ [Crowdsourced lobby exposé shows Internet giants have footprints on our data privacy laws](#), 18.02.2013, corporateeurope.org, abgerufen am 27.12.2016
6. ↑ [Partners](#), internetforum.eu, abgerufen am 06.03.2021

Günther Oettinger

Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953 in Stuttgart), CDU-Politiker und seit 2019 Lobbyist, war bis 2019 EU-Kommissar für Haushalt und davor Kommissar für Digitalwirtschaft (2017-2019) sowie EU-Kommissar für Energie (2010-2014).

Für die Beratertätigkeit nach dem Ende seiner EU-Amtszeit im November 2019 hat er die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung gegründet.^[1] Nach seinem Ausscheiden aus der EU-Kommission hat Oettinger über ein Dutzend neue Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in Gremien von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken.^[2] Seit 2020 ist er Präsident des lobbynahen Vereins [United Europe](#), dessen Vorstand auch [Friedrich Merz](#) angehört. Oettinger verfügt immer noch über exzellente Beziehungen zur Europäischen Kommission. So finden Veranstaltungen von [United Europe](#) in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin unter Mitwirkung ihrer Repräsentanten statt.^{[3][4]} Veranstaltungsort ist auch die Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU, deren Leiter Bodo Lehmann, Vorstandsmitglied des CDU-Landesverbands Brüssel, seit 2010 in der Europäischen Kommission im Kabinett von Kommissar Oettinger (CDU) tätig war.^{[5][6][7]} Am 10. September 2024 betreute er einen „Flagshipevent“ der Schwarz Gruppe in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel^[8]

Inhaltsverzeichnis

1 Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung	29
2 Karriere	30
3 Verbindungen und Netzwerke	31
3.1 Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen	31
3.2 Weitere Verbindungen	31
3.3 Kommissar der Konzerne	31
3.4 Oettingers Europaforum Lech	32
3.5 Die Oettinger-Gruppe	32
4 Fallbeispiele und Kritik	33
4.1 2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten	33
4.2 2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation	33
4.3 2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt	33
4.4 2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik	33
5 Weiterführende Informationen	34
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
7 Einzelnachweise	34

Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung

Nach Beendigung seiner Tätigkeit als EU-Kommissar hat Oettinger gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Friederike Beyer die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, mit Sitz in Hamburg gegründet (AG Hamburg HRB 158209). Oettinger und Beyer sind Geschäftsführer der GmbH und an deren Stammkapital in Höhe von 100 Tsd. Euro mit je 50 % beteiligt.

[Oettinger Consult](#) beschreibt sich auf ihrer Webseite als eine mittelständische Unternehmensberatung mit den Schwerpunkten Marketingberatung, Performance Marketing (SEO, SEM, Affiliation, etc) und Gründerberatung. Neben der Beratungsdienstleistung für Konzerne und Großunternehmen habe Oettinger eine Spezialabteilung innerhalb von Oettinger Consulting geschaffen, die sich ausschließlich mit dem Thema Fördermittelbeschaffung und Gründercoaching beschäftigt.

Als Kunden von Oettnger werden genannt: Societe Generale, E-Plus, Betfair, ABN-Amro, fimatex, Veritas, Onvista, WWK, Boursorama, SEAT, BILD, CortalConsors, MSN, FAZ, SAT1, WEB.DE, Tomorrow Focus, N24, T-Online, DieJugendherbergen.de, Creditweb, Inuvet, Blanchet, Malindo, Rotkäppchen, Evonik, Bayer 04 Leverkusen. Die Partner sind [hier](#) abrufbar.

Laut [Lobbyregister](#) ist die Beratungstätigkeit eine interne Beratung gegenüber leitenden Mitarbeitern der Mandanten. Aus dieser internen Beratung könne sich punktuell Gesprächsbedarf gegenüber Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gegenüber deren Mitarbeitern und gegenüber Mitgliedern der Bundesregierung sowie deren Mitarbeitern zum Zwecke der Einholung von Informationen und zum Gedankenaustausch ergeben.

Karriere

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)
- seit 2021 Präsident der [EBS Universität für Wirtschaft und Recht](#)
- seit 2020 Präsident von [United Europe](#) e.V.
- 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH
- 01/2017-11/2019 **EU-Kommissar für Haushalt und Personal**
- 10/2014-12/2016 EU-Kommissar für Digitalwirtschaft
- 02/2010-10/2014 EU-Kommissar für Energie
- 2005-2010 **Ministerpräsident von Baden-Württemberg**
- 2005-2009 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg
- 2001-2005 Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg
- 1991-2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Baden-Württemberg
- seit 1988 Mitinhaber der [Oettinger-Gruppe](#) in Ditzingen
- 1984-2010 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1980-1994 Stadtrat in Ditzingen
- seit 1974 Mitglied der CDU
- 1971-1982 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Quelle:^[9]

Verbindungen und Netzwerke

Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen

Von der EU-Kommission sind die folgenden Nachfolgebeschäftigungen genehmigt worden:

- EBS Universität für Wirtschaft und Recht: Präsident
- The European Partnership for an Innovative Campus Unifying Regions Alliance (EPICUR): Beirat
- Arbeit als Rechtsanwalt
- HAM-LOG Gruppe: Beirat
- Amundi (Asset Management): Aufsichtsrat
- CG Elementum AG: Aufsichtsrat
- London Speakers Bureau: Speaker
- [Stiftung Ordnungspolitik](#): Kuratorium
- [Centrum für Europäische Politik](#): Kuratorium
- [United Europe](#): Präsident
- [DGAP](#): Mitglied des „Steering Committee“
- Landesmuseum Württemberg: Beirat
- Herrenknecht AG: Aufsichtsrat
- [Deloitte Deutschland GmbH](#): Beirat
- [Kekst CNC](#): Global Advisory Board
- Privatbank Donner & Reuschel (Signal Iduna Versicherungskonzern): Beiratsvorsitzender

Quelle: ^[10]^[11]^[12]

Weitere Verbindungen

- Senator der Lobbyorganisation EWif/[Wir Eigentümerunternehmer](#)^[13]
- Mitglied des Beirats der Gröner Group GmbH^[14] und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gröner Group AG (Vorstandsvorsitzender: [Christoph Gröner](#))^[15], die im Juni 2024 in die Gröner Group GmbH umgewandelt worden ist
- Aufsichtsratsvorsitzender der CGRE AG^[16]
- Berater des Onlinehändlers Shein.^[17] Im Februar 2026 hat die EU-Kommission ein Verfahren auf der Grundlage des Digital Services Act (DSA) gegen Shein eingeleitet.^[18] Es geht um den Verdacht, nicht genug gegen den Vertrieb illegaler Produkte zu tun und den Verbraucherschutz zu vernachlässigen
- ehem. (ehrenamtlich beratendes) Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), einer Lobbyorganisation unionsnaher Unternehmer^[19]

Kommissar der Konzerne

2016 fanden über 90 Prozent von Oettingers Treffen als EU-Kommissar mit Wirtschaftsvertretern statt. Kein EU-KommissarIn weist einen höheren Wert aus, wie eine Auswertung der Webseite [EU Integrity Watch](#) ergibt.^[20]

Oettingers Europaforum Lech

Schon als EU-Kommissar lud Günter Oettinger jährlich eine handverlesene Liste von Vertretern der Wirtschaft in den exklusiven Wintersportort Lech/Österreich zum „Europaforum Lech“. Organisiert wurde die Veranstaltung hauptsächlich von Oettingers Generaldirektion. 2016 jährte sich das Event zum 5. Mal. Der Mini-Gipfel besteht aus Reden, Podiumsdiskussionen – und zahllosen Möglichkeiten, Oettinger oder einen der anderen hochrangigen EU-Beamten zu einem persönlichen Gespräch zur Seite zu nehmen.

2016 nahmen vor allem Führungskräfte der Kommunikations- und IT-Branche wie Vodafone-Chef Hannes Ametsreiter, Gavin Petterson, CEO von British Telecommunication, oder der [Google](#)-Chef für strategische Beziehungen für Europa teil. Von Seiten der EU waren unter anderem Giovanni Buttarelli, EU-Datenschutz-Beauftragter, oder Wilhelm Molterer, der Geschäftsführer des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, anwesend. Insgesamt zeigt die Teilnehmer/-innen-Liste 62 Vertreter/innen aus der Wirtschaft, 5 Politiker und etwa 12 hochrangige EU-Vertreter/-innen, so wie 4 Vertreter aus dem akademischen Bereich.

Recherchen des Journalisten Sascha Adamek belegen, dass die Gemeinde Lech, die Teile des Europaforums mit organisierte, für 2012 und 2013 das österreichische Energie- und Gasunternehmen OMV als Sponsor gewinnen konnte. Damals war Oettinger Energiekommissar – und OMV an 2 Projekten interessiert, die in Oettingers Verantwortung als Energiekommissar fielen: die Nabucco-Pipeline und die Southstream-Pipeline. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich ein Unternehmen über Sponsoring-Aktivitäten Zugang zu einem zentralen Entscheidungsträger verschafft.^[20]

Nach seinem Ausscheiden als EU Kommissar wurde Oettinger 2020 Präsident des Vereins [United Europe](#), der seitdem das Europaforum Lech - gemeinsam mit der Gemeinde Lech - organisiert.^[21] Oettinger blieb Patron der Veranstaltungsreihe. Im Vorstand von United Europe sitzt auch der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat [Friedrich Merz](#).^[22] Auf den Gästelisten der Veranstaltungen des Forum stehen fast ausschließlich Unternehmen und deren Lobbyisten.^{[23][24]} Diese erhalten über die Veranstaltungen einen exklusiven Zugang zu hochrangigen Vertretern der EU Kommission und Politikern, die ebenfalls an den Veranstaltungen teilnehmen. Eine Liste der Teilnehmer des Europa Forum Lech 2019 ist [hier](#) abrufbar. Neuere Listen der Teilnehmer sind nicht öffentlich zugänglich. Eine Teilnahme ist nur mit persönlicher Einladung möglich.^[25]

Die Oettinger-Gruppe

Der damalige Ministerpräsident Oettinger war im Jahr 2008 zu 25% Mitinhaber der Oettinger-Gruppe, einer Wirtschaftsprüfung, Treuhand-, Revisions- und Unternehmensberatungsgesellschaft in Ditzingen. Gesellschafter der Oettinger-Gruppe ist der Sparkassenverband Baden-Württemberg. Dessen Präsident, Peter Schneider, ist Vorsitzender des Beirats der Oettinger-Gruppe.^[26]

Problematisch ist diese Verbindung, weil der Ministerpräsident einer Landesregierung vorsteht, die den Sparkassenverband beaufsichtigt, der wiederum an seinem Unternehmen beteiligt ist. Andreas Müller schreibt in der Stuttgarter Zeitung über diese Verbindungen der Oettinger-Gruppe^[27]: *„Entsprechend überrascht reagierten branchenkundige Politiker und Wirtschaftsleute, als die Stuttgarter Zeitung sie auf die Verbindung ansprach. Politisch sei die Oettinger-Gruppe bekanntermaßen "gut vernetzt", aber nein, davon habe man noch nie gehört. Wozu solle sich der Sparkassenverband, der für seine 55 Institute selbst eine*

große Prüfungsabteilung unterhält, an einer Prüfungsgesellschaft beteiligen? Das könne man sich "eigentlich nicht vorstellen", lautete sogar bei der Wirtschaftsprüferkammer in Berlin die erste Reaktion. Nach der Berufsordnung seien solche Beteiligungen von Nichtprüfern seit 1986 nicht mehr zulässig; nur für "Altfälle" gebe es Bestandsschutz.“ „Um einen solchen Altfall geht es in der Tat – so alt, dass sich Hans-Joachim Oettinger zunächst nur vage erinnerte. Die Beteiligung stamme wohl aus den 60er Jahren, die Motive dafür müsse man erst im Firmenarchiv recherchieren.“

Fallbeispiele und Kritik

2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten

Im November 2016 ist gegen Oettinger der Vorwurf erhoben worden, im Privatflugzeug des Lobbyisten Klaus Mangold nach Ungarn zu einem Treffen mit Viktor Orban geflogen zu sein, ohne für den Flug zu bezahlen.^[28] Mangold, ehem. Daimler-Manager und ehem. Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, ist Honorarkonsul der Russischen Föderation für Baden-Württemberg und Inhaber der Internationalen Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH (IWB).^[29] Diese bietet auf ihrer Webseite die Kontaktvermittlung zu Einrichtungen der öffentlichen Hand in Russland, GUS, Mittel- und Osteuropa an.^[30] Nach Auffassung von Transparency International könnte Oettinger gegen den Verhaltenskodex für EU-Kommissare verstoßen haben, der vorsieht, dass Geschenke im Wert von mehr als 150 Euro veröffentlicht werden müssen.^[31] Der geldwerte Vorteil des Freiflugs werde im Öffentlichen Register der Geschenke an Kommissionsmitglieder jedoch nicht erwähnt.

2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation

Kurz nach der Übernahme des Amts als "EU-Digitalkommissar" setzte sich Oettinger für eine deutliche Verlängerung der Kündigungsfristen bei DSL-Anschlüssen ein. Das Manager Magazin zeigte in einem Artikel, dass er damit den Lobbyeinflüssen großer Konzerne nachgegeben hat.^[32]

2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat EU-Kommissar Oettinger Angaben aus dem Entwurf eines Subventionsberichts streichen lassen, die seiner These widersprechen, erneuerbare Energien würden viel zu hoch gefördert. Die zuständigen Beamten kamen zu dem Ergebnis, dass nicht erneuerbare Energien das meiste Geld erhalten, sondern Kohle- und Gaskraftwerke sowie die Atombranche. Insgesamt bezuschussten die Regierungen der EU die Energiebranche mit mehr als 130 Mrd. Euro jährlich (ohne Haftpflichtversicherungen für Atommeiler). Davon gingen nur 30 Mrd. Euro an grüne Kraftwerke. Im finalen Bericht sind die Zahlen durchgestrichen. Oettingers Sprecherin erklärte, in keinem Dokument seien derlei Details aufgeführt, was nach Auffassung der SZ nicht zutrifft. Dieser liegen zwei Entwürfe vor - und zwar im Korrekturmodus, in dem die Änderungen rot markiert sind.

Quelle: ^[33]

2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik

Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Oettinger sich in seinem Amt als EU-Energiekommissar für die Interessen des Autokonzerns **VW** engagierte. Laut ZEIT soll sich Oettinger auf Bitte des VW-Chefs Martin Winterkorn, gegen die Einführung einer festen CO2-Obergrenze ab dem Jahre 2020 eingesetzt haben. Der VW Chef hatte sich einige Tage vor der diesbezüglichen Verhandlung der EU-Kommission am 11. Juli 2012

an Oettinger gerichtet, um die Interessen VWs in den Beratungen zu wahren. Im Antwortschreiben Oettingers gibt der Energiekommissar an, das Anliegen Bitterkorns berücksichtigt zu haben.^[34] In dem Brief schreibt Oettinger, durch sein Engagement könnten "die Diskussion über unsere CO2-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen geführt werden".^[35] Auf diese Weise trug Oettinger maßgeblich zu einer Entschärfung der CO2-Richtlinien für Pkws auf europäischer Ebene bei.

Weiterführende Informationen

- [Günther Oettinger: Europe's Mr. Revolving Door, April 2022](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oettinger will Politikberater werden](#), Politik-kommunikation.de vom 09.08.2019, abgerufen am 17.08.2019
2. ↑ [Günther Oettinger nimmt mehrere Lobby-Jobs an](#), spiegel.de vom 29.11.2020
3. ↑ [Rückblick auf United Europes CEO-Roundtable und Working Dinner](#), united-europe.eu vom 30.03.2023, abgerufen am 25.09.2024
4. ↑ [Panel-Diskussion im Europäischen Haus, Berlin](#), united-europe.eu vom 11.04.2023
5. ↑ [Bodo Lehmann leitet ab April Landesvertretung in Brüssel](#), baden-württemberg.de vom 26.01.2018, abgerufen am 25.09.2024
6. ↑ [Panel-Diskussion in Brüssel: Die Europäische Union vor den Wahlen 2024 - Eine Agenda 2020 für Europa](#), united-europe.eu vom 25.09.2023, abgerufen am 25.09.2024
7. ↑ [CDU-Verband Brüssel](#), cdu-bruessel.org, abgerufen am 25.09.2024
8. ↑ [EU Transparenz Register](#), transparency-register.de, abgerufen am 02.10.2024
9. ↑ [Günther H. Oettinger](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.08.2019
10. ↑ [Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren](#), gruene-jork.de, abgerufen am 06.12.2020
11. ↑ [EU-Kommission genehmigt 13. Anschlußposten für Oettinger](#), wiwo.de vom 04.03.2021, abgerufen am 20.03.2021
12. ↑ [Former European Commissioners' authorised occupations](#), commission.europa.eu, abgerufen am 20.09.2024
13. ↑ [Senatoren der Politik](#), wir-eigentuemerunternehmer.de, abgerufen am 17.08.2024
14. ↑ [Beiräte der Gröner Group GmbH](#), cg-elementum.de, abgerufen am 05.11.2024
15. ↑ [Günther H. Oettinger ist neuer Aufsichtsratsvorsitzender der Gröner Group AG](#), groener-group.de vom 06.11.2023, abgerufen am 17.08.2024
16. ↑ [Investorenmitteilung vom 19.04.2024](#), cgre.ag, abgerufen am 05.11.2024
17. ↑ [Ex-EU-Kommissar Günther Oettinger berät jetzt Shein](#), caital.de vom 14.08.2024, abgerufen am 16.08.2024
18. ↑ [EU-Kommission eröffnet offizielles Verfahren gegen Shein](#), zdfheute.de vom 17.02.2026, abgerufen am 18.02.2026
19. ↑ [Jahresbericht 2020, S. 13](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 04.02.2022

20. ↑ ^{20,020,1} [Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne](#) LobbyControl vom 5. Januar 2017, abgerufen am 08.01.2017
21. ↑ [Sicherheit und Stabilität im Fokus](#), presse.voralberg.at vom 04.04.2024, abgerufen am 22.09.2024
22. ↑ [Vorstand](#), united-europe.eu, abgerufen am 23.09.2024
23. ↑ [Oettingers Mini-Davos 2018](#), lobbycontrol.de vom 11.04.2018, abgerufen am 22.09.2024
24. ↑ [Exklusivgipfel statt Ausgewogenheit: Oettingers Mini-Davos am Arlberg](#), lobbycontrol.de vom 19.04.2017, abgerufen am 23.09.2024
25. ↑ [Europa Forum Lech 03. April bis 05. April 2024](#), united-europe.eu, abgerufen am 23.09.2024
26. ↑ [Das Stuttgart 21-Kartell](#), kopfbahnhof-21.de, aufgerufen am 29.04.2014.
27. ↑ [Gut vernetzt: Alte Bande zwischen den Sparkassen und Oettingers](#), Stuttgarter Zeitung vom 30.05.2008, aufgerufen am 21. Oktober 2010.
28. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
29. ↑ [Mister Russland der deutschen Wirtschaft](#), faz.net vom 07.02.2016
30. ↑ [Realisierung von Geschäfts- und Vertriebskooperationen sowie Businessprojekten zwischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa, Russland und GUS](#), iwconsult.com, abgerufen am 17.11.2016
31. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
32. ↑ [Lobbyismus-Verdacht: Günther Oettinger, der aufgescheuchte Kommissar der Unternehmen](#), Manager Magazin, 19. November 2014, zuletzt aufgerufen am 19.11.2014
33. ↑ [Genios Presse-Archiv](#) Schön, schöner, geschönt EU-Kommissar Oettinger streicht Zahlen aus Subventionsbericht], Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2013, S. 1, abrufbar über [Genios Presse-Archiv](#)
34. ↑ [CO2-Grenze: Oettinger kümmert sich um VW Interessen](#), www.Zeit.de, aufgerufen am 26.10.12
35. ↑ [Oettinger, Freund der Autoindustrie](#), www.sueddeutsche.de, aufgerufen am 26.10.12

European Energy Forum

Das **European Energy Forum** (EEF) ist eine sogenannte [Intergroup](#), eine informelle Gruppe von Abgeordneten des [Europäischen Parlaments](#) und europäischen Konzernen der Energiebranche. Dieser institutionalisierte Kontakt eröffnet der Energiewirtschaft die Möglichkeit, Abgeordnete in Schlüsselstellungen in ihrem Sinne zu beraten und dadurch die energiepolitischen Entscheidungen des Europäischen Parlaments zu beeinflussen. An den Veranstaltungen des EEF beteiligen sich regelmäßig auch Vertreter der EU-Kommission.

European Energy Forum



Rechtsfo Non-profit Organisation unter Elsaß-
rm Mosel-Recht und belgischem Recht

Tätigkeit Einflussnahme auf die Energiepolitik
sbereich des Europäischen Parlaments

Gründun Anfang der 1980er Jahre
gsdatum

Hauptsit Avenue Ariane 7, 1200 Brüssel
z

Lobbybü
ro

Lobbybü European Energy Forum
ro EU

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	36
2 Organisationsstruktur und Personal	37
2.1 Active Members (EU-Parlamentarier:innen)	37
2.2 Associate Members (Unternehmen und Verbände)	37
2.3 Team	38
3 Fallstudien und Kritik	38
3.1 2013 US Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby	38
3.2 2013 Palmöl-Reise mit Europaabgeordneten	38
3.3 Chichesters gesponsorte Reisen	39
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	39
5 Einzelnachweise	39

Lobbystrategien und Einfluss

Das EEF wird von den Herstellern und Nutzern fossiler Brennstoffe (Öl, Gas und Kohle) dazu genutzt, um Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes und die Förderung erneuerbarer Energie zu behindern. Zwar sind inzwischen auch Unternehmen und Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien - wie [SolarPower Europe](#) und [Wind Europe](#) - beigetreten, doch dominieren immer noch die Vertreter der konventionellen Industrie. Über das EEF verfügt die Energiewirtschaft über ein Forum, um sich direktes Gehör bei europäischen Abgeordneten und Vertretern der EU-Institutionen zu verschaffen. Hierzu werden Dinner-Debatten zur Erörterung verschiedener Aspekte des Energiesektors und Lunchtime-Diskussionen zum Verständnis praktisch-technischer Fragen organisiert. Gastgeber sind jeweils assoziierte Mitglieder, d. h. Unternehmen der Energiewirtschaft. So fand z.B. am 28. April 2015 eine EEF-Veranstaltung zum Thema „Oil and Gas: Geopolitics and beyond“ mit BP als Gastgeber statt, auf der als Hauptredner Emmanuel Haton (EU-Cheflobbyist von BP) und Paula Pinho (Leiterin der Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Energiepolitik bei der EU-Kommission) auftraten.^[1] Eine ähnliche Veranstaltung mit Francois-Xavier Duprignon von EUROGAS sowie weiteren Vertretern der Gasbranche gab es am 22. November 2016 zum Thema „Gas and Renewables: the right combination for a sustainable future?“. ^[2] Auch die Kernkraftbetreiber haben zahlreiche Veranstaltungen des EEF organisiert und gesponsert.^[3] Hinzu kamen Briefings für Mitarbeiter von Parlamentariern. Außerdem wurden Betriebsbesichtigungen bei assoziierten Mitgliedern organisiert. ^[4] Ein Beispiel für einen solchen Ausflug ist die Besichtigung der Schiefergas- und Nuklearanlagen in den USA auf Einladung der assoziierten Mitglieder Shell und Westinghouse im Jahr 2013.^[5] [FORATOM](#), der Dachverband der Atomwirtschaft, empfahl im Rahmen seiner Lobbytätigkeit Abgeordneten den Besuch der Veranstaltungen des EEF.^[6]

Gas hat an Bedeutung für die Lobbyarbeit gewonnen. So fand am 30. Januar 2020 in Brüssel ein Informationstag zum Thema „All you always wanted to know on gas“ statt, der vom EEF-Team und Mitgliedsverbänden für Mitglieder des Europäischen Parlaments und Politikberater veranstaltet wurde.^[7] Leiter der Veranstaltung war MdEP Jerzy Buzek, ehemaliger Präsident des EEF. Als Referenten wurden genannt: Lucie Boost und Caterina de Matheis von der International Association of Oil & Gas Producers (IOPG), Sara Piscor und Lois Wattine von [ENTSOG](#), Jean-Marie Gauthey von Gas Reseau Distribution France (GRDF), Samuel Maubanc von Liquid Gas Europe und Bartek Gurba von der Generaldirektion Energie der EU-Kommission.

Organisationsstruktur und Personal

Leitungsorgan ist der 10-köpfige "Board of Directors" (Präsident, Schatzmeisterin/Vizepräsidentin, 2 weitere Vizepräsidentinnen und 6 Direktor*innen), den die [Active Members](#) (EU-Parlamentarier:innen) aus ihrer Mitte wählen. Die große Mehrheit der "Active Members" gehört dem EU-Parlamentsausschusses [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#) (ITRE) an, der für die Ausgestaltung der EU-Energie- und Umweltpolitik von zentraler Bedeutung ist.^[8] Im "Industrial and Technical Advisory Committee" des EEF findet der Meinungsaustausch zwischen dem "Board of Directors" (EU-Parlamentarier:innen), den "Associate Members" (Unternehmen und Verbände der Energiewirtschaft) und dem [Sekretariat](#) statt. Weitere Möglichkeiten der Kontaktpflege gibt es auf den Veranstaltungen des EEF. In die Aktivitäten des EEF werden auch hochrangige Mitarbeiter der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats eingebunden.

Active Members (EU-Parlamentarier:innen)

Die aktiven Mitglieder des EEF sind [hier](#) abrufbar.

Associate Members (Unternehmen und Verbände)

Die Konzerne und Verbände der Energiewirtschaft sind als sog. "Associate members" dabei.

Mitglieder sind zum Beispiel:

Associate members
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
BP
European Chemical Industry Council (Cefic)
E.ON
European Network of Transmission System Operators for Gas (ENTSOG)
EDF
EURACOAL
ExxonMobil

Associate members
Gas Infrastructure Europe
Nucleareurope
Neste Oil
Shell Solar Power Europe
Uniper
Wind Europe

Quelle: ^[9] (Stand: 04/2025)

Team

Generaldirektorin:

- **Pascale Verheust**

Fallstudien und Kritik

2013 US Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby

Am 03.11.2013 veröffentlichte die französische Zeitung 'Le Nouvel Observateur' einen Bericht von **François Damerval**, dem Assistenten von MEP **Corrine Leplage**, welcher vom 27.-31. Oktober 2013 an einer Atom- und Schiefergasindustrie-freundlichen 'Bildungsreise' des EEF teilgenommen hatte. Auf dem Programm des US-Kurztrips standen ein Besuch bei einer Schiefergas Baugrube von **Shell** in Williamsport, Pennsylvania, sowie einer Nuklearzentrale in Charlotte, New York. Anschließend wurden die Abgeordneten zu einem Briefing im Weißen Haus geladen.

Damerval beschreibt den Trip als eine Meisterleistung in Sachen PR und bemerkt kritisch die terminliche Nähe zu den laufenden **TTIP** Verhandlungen, bei denen das Thema Energie eine äußerst kontroverse Rolle spielt.

Mit dabei waren die ungarische S&D Abgeordnete **Edit Herczog** mit AssistentIn, der luxemburgische S&D Abgeordnete **Rober Goebbels**, sowie Klimaskeptiker und ECR Abgeordneter **Roger Helmer** mit AssistentIn und PPE Abgeordnete **Ramona Jorden**. Alle sind die Mitglieder der **Itre Kommission** ('Industrie, Forschung und Energie') und bekannt als Befürworter von konventionellen Energien. Damerval bemerkt, dass die Abgeordneten keinesfalls zunächst von den Anliegen ihrer Gastgeber überzeugt werden mussten. Im Gegenteil: Sie haben die Gastgeber sogar gezielt nach Argument für die Schiefer- und Atomindustrie gefragt, so Demerval. ^[10]

2013 Palmöl-Reise mit Europaabgeordneten

Nach einem Bericht des "Freitag" hat das EEF zusammen mit einem der größten europäischen Palmölimporteure **Neste Oil** eine Reise vom 01.-04.05.2013 nach Singapur und Malaysia für 5 Europaabgeordnete und 3 MitarbeiterInnen organisiert.

Ein Reiseteilnehmer war **Alejo Vidal-Quadras**, Vizepräsident vom Europaparlament und gleichzeitig vom EEF.

Er sitzt im **Industrierausschuss** ITRE des Europäischen Parlaments und verfasst dort als Berichterstatter die Empfehlungen zur Agrotreibstoff-Förderung.

Weitere Teilnehmerin war **Christa Klaß** (CDU, EEF-Mitglied). Sie sitzt als Schattenberichterstatterin zur Kraftstoffqualitäts-Richtlinie im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments.

Weiter dabei waren: **Giles Chichester** (ECR, Präsident EEF), **Cristian Silviu Buşoi** (ALDE, EEF-Mitglied) und **Roger Helmer** (ECR, EEF-Mitglied).

Außerdem nahmen 4 Vertreter von Neste Oil und 2 vom EEF teil.

Im Europaparlament entschied der Industrierausschuss ITRE am 27.06.2013 über die künftige Förderung von Agrotreibstoff, im Juli 2013 stimmte der Umweltausschuss ab. Die EU-Kommission will die Förderbedingungen verschärfen.

Offiziell wurde die Reise als „fact-finding mission“ für Abgeordnete beworben. Die Politiker sollten sehen, wie nachhaltig das Palmöl produziert wird. Dabei wurde das Programm von der Industrie bestimmt. Die Teilnehmer besichtigten die weltgrößte Biodieselfabrik in Singapur und mehrere Palmölplantagen in Malaysia. An einem Abend gab es eine Diskussion, veranstaltet vom Malaysian Palm Oil Board, einer Regierungsbehörde zur Förderung der Palmölindustrie. Am letzten Tag wurde 1,5 Stunden mit Vertretern lokaler Umweltorganisationen diskutiert. Dabei waren nur noch Vidal-Quadras und Christa Klaß.

Bei der Reise mussten die Abgeordneten den Hin- und Rückflug zahlen, wie aus der Einladung hervorgeht. Der Flug von Singapur nach Malaysia beispielsweise wurde von Neste Oil übernommen. Christa Klaß erklärt auf Anfrage, sie habe alle Flüge sowie die Hotelrechnungen selbst bezahlt.

Quelle: ^[11]

Chichesters gesponsorte Reisen

Der englische Abgeordnete des Europäischen Parlaments **Giles Chichester**, damaliger Präsident des EEF, ließ sich, zusammen mit anderen in der Intergroup aktiven EU-Abgeordneten, auf eine Exkursion in die Barentssee durch den norwegischen Ölkonzern **Statoil** einladen - diese wurde von Statoil finanziert. Statoil bezweckte mit dieser Fahrt, den Abgeordneten die Sicherheit und Unbedenklichkeit von Ölbohrinseln in empfindlichen Ökosystemen zu demonstrieren. Weiterhin ließ sich Chichester durch den Atomenergiekonzern **Areva** eine Reise nach Valencia, inklusive des Besuchs einer Etappe des America's Cup, bezahlen. Bemerkenswert ist, dass Chichester stets politische Positionen vertritt, welche im Interesse jener großen Energiekonzerne sind, welche das EEF dominieren.^[12]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oil and Gas: Geopolitics of Europe and beyond](#), europeanenergyforum.eu, abgerufen am 28.12.2016
2. ↑ [Gas and Renewables: the right combination for a sustainable future?](#), europeanenergyforum.eu, abgerufen am 28.12.2016
3. ↑ [European Energy Forum, in: Lobbying under the radar - MEP-industry forums. Appendix: a survey of European Parliament MEP-industry forums. Corporate Europe Observatory 24 May 2011](#)
4. ↑ [Mission](#), Webseite EEF, abgerufen am 23.04.2014

5. ↑ [Events: EEF delegation visit to the US on shale gas and nuclear energy](#), Webseite EEF, abgerufen am 16. 12. 2013
6. ↑ [Annual Report 2012, Networking and lobbying](#), Webseite foratom, abgerufen am 13. 12. 2012
7. ↑ [All you always wanted to know on gas](#), Annual Report 2020, S. 29, abgerufen am 05.04.2021
8. ↑ [ITRE Industrie Forschung und Industrie Mitglieder](#), Webseite Europäisches Parlament, abgerufen am 03.03.2021
9. ↑ [Associate Members](#) Webseite EEF, abgerufen am 03.04.2025
10. ↑ [Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby](#) Le Nouvel Obserateur vom 03.11.2013, abgerufen am 10.12.2013
11. ↑ [Klassenausflug mit der Industrie](#) Der Freitag vom 18.06.2013, abgerufen am 04.09.2013
12. ↑ [Conflicts of Interests in the EU](#), corporateeurope.org vom 25.06.2008, abgerufen am 08.08.2012

European Chemical Industry Council

Der **European Chemical Industry Council** (Cefic) vertritt die politischen Interessen der chemischen Industrie auf der europäischen Ebene. Unter seinen 670 Mitgliedern finden sich große Konzerne wie [Bayer](#) und [BP](#) sowie nationale Wirtschaftsverbände wie der deutsche [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI). 2025 gab CEFIC laut EU-Transparenzregister 10 Mio. € für Lobbyarbeit aus.^[1] Damit ist er einer der finanzstärksten Lobbyverbände in Brüssel.

European Chemical Industry Council (Cefic)



Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Chemieindustrie

Gründungsdatum 1972

Hauptsitz Avenue E. van Nieuwenhuysse, 4 box 1, B-1160 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadresse www.cefic.org

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	41
2 Fallbeispiele	42
2.1 Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC	42
2.2 Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission	43
2.3 Better Regulation 2015	43
2.4 Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren	44
2.5 Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)	45
2.6 Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen	46

2.7 EU-Chemikalienverordnung REACH	46
2.8 Lobbyarbeit für Glyphosat	47
3 Organisationsstruktur und Führungspersonal	47
3.1 Mitglieder	47
3.2 Führungspersonal	47
4 Verbindungen	48
4.1 Knowledge4Innovation	48
4.2 Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)	48
4.3 Alliance for a Competitive European Industry	48
5 Geschichte	48
6 Zitate	48
7 Einzelnachweise	48

Lobbystrategien und Einfluss

CEFIC betreibt Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gegenüber der Europäischen Kommission, dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat.^[2] Die Lobbyaktivitäten werden wie folgt beschrieben: "Das Herzstück von Cefic ist Public Affairs (PA), ein voll integriertes Team aus Experten für Interessenvertretung und Kommunikation. Wir befassen uns mit den wichtigsten Branchenthemen, unterstützen die Cefic-Sektorgruppen und sorgen dafür, dass die Chemieindustrie mit einer Stimme spricht. Unsere Arbeit umfasst EU-Monitoring, PA-Kampagnen, hochrangige Veranstaltungen, digitale Präsenz, hauseigene Videoproduktion, Medienbeobachtung und -kommunikation und vieles mehr".^[3]

Laut dem EU-Transparenzregister (Stand: April 2026) sind bei CEFIC 46,7 Personen (Vollzeitäquivalent) beschäftigt.^[4] 2025 verfügte CEFIC über ein Budget von 47,3 Mio. €, von dem 10 Mio. € für Lobbyarbeit ausgegeben wurden.^[5]

CEFIC betreibt seine Lobbyarbeit in enger Abstimmung mit dem [American Chemistry Council](#); viele seiner Mitglieder sind in beiden Organisationen, so etwa die deutschen Chemieriesen [Bayer](#) und [BASF](#).^[6] Bayer und BASF wiederum haben nochmal ihre eigenen Dependancen vor Ort.

Außerdem ist CEFIC Mitglied des [International Council of Chemical Associations](#) (ICCA), des Weltverbands der Chemieindustrie. Er hat mit weiteren Chemieverbänden ([American Chemistry Council](#) (ACC), Japan's Chemical Industry Association) die [CEFIC Long-range Research Initiative](#) (LRI) gegründet, um die Auswirkungen von Chemikalien auf die Gesundheit und die Umwelt zu untersuchen und den zuständigen EU-Instanzen zur Verfügung zu stellen.^[7] KritikerInnen, wie etwa Corporate Europe Observatory, geben zu Bedenken, dass diese Institution versucht, der Arbeit von unabhängigen Behörden mit eigenen – auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnittenen – Testmethoden zuvorzukommen. Bruno Hubesch, der Leiter des LRI-Programmes, formulierte es einmal so: „LRI is not science for science - it's science for policy impact.“

„[deutsch: Das LRI ist nicht Wissenschaft für die Wissenschaft – es ist Wissenschaft für politischen Einfluss.“^[8]

Fallbeispiele

Antwerpen Deklaration vom Februar 2024 und Niederschlag in den Political Guidelines 2024-2029 der EC

Im Februar 2024 wurde ein „Industriegipfel“ auf dem Gelände der BASF in Antwerpen abgehalten, getragen vom ERT, vom Dachverband Europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände [Business Europe](#) und CEFIC. Zeitlich passend zur Neubestimmung der Kommissionsaktivitäten für 2024-2029 wurde der anwesenden Kommissionspräsidentin von der Leyen und Belgiens Ministerpräsident, De Croo, ein Katalog von Forderungen an die EC vorgestellt. Kernthese dieser sog. „Antwerp Declaration“ (Declaration) war, daß der Green Deal nur realisiert werden könne, wenn ihm ein „Industrial Deal“ „zur Seite gestellt“ werde.^[27] Die Wettbewerbsfähigkeit Europas solle deshalb strategische Priorität haben, und ein First Vice President EU Kommissar solle für die Realisierung des „Industrial Deal“ installiert werden. Die inhaltlichen Forderungen beinhalteten u.a.^[28]

- Sämtliche EU Gesetzgebungen sollen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit überprüft und harmonisiert, „overreporting“ abgeschafft werden.
- Etablierung eines Mechanismus, der jegliche neue EU Gesetzgebung auf Wettbewerbsfähigkeit überprüft und sie ggfs. begrenzt.
- Schaffung günstigerer Energiepreise; Förderung von Atomkraft, und von CO2 Speicherung
- Öffentliche Förderung und Öffentliche Garantien für private „Clean Tech“ Investments, marktnähere Förderung für Innovationen (i.e.: verstärkt an Unternehmen)
- Abbau von Barrieren des „Single Markets“, Vereinbarung von Freihandelsabkommen
- Dauerhaft geringere Steuersätze^[29]

Neu an der Deklaration ist, dass sie in großer Einigkeit von drei großen Arbeitgeber- und Industrielobbyverbänden getragen wurde, die sonst eher separat agieren.^[30] Zu den Unterzeichnern gehörten zahlreiche Verbandsorganisationen und deren Unternehmen wie zum Beispiel der VCI, Heidelberg Materials und die Bayer AG, TotalEnergies, nucleareurope, und die Association of Big Industrial Energy Consumers sowie die European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)^[31].

Viele der Forderungen fanden ihren Niederschlag in den „Political Guidelines for the next European Commission 2024-2029“. ^[9] Im Kontext der Bestätigung von Frau von der Leyen und ihres Kollegiums durch das Europäische Parlament am 18.07.2024 stellen sie die Kernziele und Vorhaben für die Europäische Kommission für die Periode 2024-2029 dar. In den Guidelines findet sich der „New Spirit of Lawmaking“ - die Absicht, bereits in der Phase von Gesetzentwürfen deren Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Industrie regelhaft zu berücksichtigen, also im Gesetzentstehungsprozess ggfs. weit vor Verhandlung im demokratisch gewählten Europäischen Parlament.^{[32][30]} In der Kommunikation zur Vorstellung der neuen Kommissar:innen hieß es, dass das gesamte Kollegium der Wettbewerbsfähigkeit verpflichtet sei. Auch eine „Executive Vice Presidency“ for a „Clean, Just and *Competitive* Transition“ wurde Realität, zuständig für Wettbewerbspolitik und Green Deal gleichermaßen.^[33]

Lobbyeinfluss auf Plastik-Strategie der EU Kommission

2017 stieß die Europäische Kommission die Plastik-Strategie an, mit dem Ziel, dass bis 2030 alle Plastikverpackungen in der EU wiederverwendbar oder recyclebar sein sollen. Nachdem die Europäische Kommission im Januar 2017 die Roadmap „Strategy on Plastics in a Circular Economy“ (zu deutsch: Strategie zu Plastik in einer Kreislaufwirtschaft“) veröffentlicht hatte, setzten sich die Interessengruppen der Plastikindustrie, darunter auch CEFIC, bis zur Veröffentlichung der finalen Strategie 12 Monate später intensiv für eine Gestaltung der Plastik-Vorgaben in ihrem Sinne ein. Im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2018, trafen sich Vertreter der beiden involvierten Generaldirektionen Umwelt und Wachstum 44 Mal mit Interessensgruppen zur Plastik-Strategie. 89% davon (39 Treffen) fanden mit Industrievertretern statt. CEFIC hatte als eine der finanzstärksten Lobbygruppen im Jahr 2017 alleine 5 Treffen mit der Kommission – nur zur Plastikstrategie. ^[9] CEFIC arbeitet dabei auch eng mit PlasticsEurope zusammen, sie haben ihre Büros im gleichen Gebäude ^[10]. PlasticsEurope traf sich insgesamt 13 Mal mit der Kommission. Die Kommission ging mit der Strategie proaktiv auf Lobbygruppen der Plastik-Industrie zu – mit dem Ziel, freiwillige Selbstverpflichtungen der Konzerne einholen zu können, eines der Kernelemente der Strategie. ^[11] ^[12] Sie konnte aber bisher keine ausreichenden Ergebnisse erzielen. Die Industrie blieb mit ihren Zugeständnissen häufig weit hinter den Vorstellungen der Kommission zurück ^[13]. In der freiwilligen Verpflichtung, die PlasticsEurope veröffentlichte, ist nur noch von 60% recyclebarem oder verwertbarem Plastik bis 2030 die Rede, die vollständige Umstellung siedelt PlasticsEurope dabei im Jahre 2040 an. Mit „Verwertung“ ist hier allerdings Energieverwertung, also Verbrennung, gemeint. KritikerInnen bewerten dieses Verfahren als Gefahr für Umwelt und Gesundheit. ^[14] Sie bedauern auch, dass in der freiwilligen Verpflichtung keinerlei verbindliche Handlungspläne und Zusagen zu finden sind. Das zweite Ziel der Kommission war es, dass bis 2025 10 Millionen Tonnen an recyceltem Plastik in neuen Produkten wiederverwendet werden. Auch dazu forderte sie die Industrie zu Vorschlägen auf, die bislang nur unzureichend Anwendung finden.

Im Mai 2018 verabschiedete die EU ein Verbot von Einweg-Plastik, was allerdings noch auf nationaler Ebene legislativ umgesetzt werden muss. Zuvor geleakte Dokumente zu dem Gesetzesvorhaben kommentierte **Business Europe**, eine Lobbyorganisation, die wie CEFIC sehr einflussreich ist, wie folgt: “We are concerned about some very far-reaching proposals ... Rather than a ban, it is better to focus on the current voluntary pledging campaign to make plastics more circular” [deutsche Übersetzung: Wir sind besorgt über einige sehr weitreichende Vorschläge. Besser als ein Verbot ist es, sich auf die aktuell laufende Kampagne zur freiwilligen Selbstverpflichtung zu konzentrieren, um Plastik wiederverwertbar zu machen].

Better Regulation 2015

Ebenso wie **BusinessEurope** unterstützt CEFIC die Better Regulation-Agenda. ^[15] Derzeit tritt CEFIC für eine Erweiterung der – zu deutsch – besseren Rechtsetzung ein.

Was aber verbirgt sich hinter der „besseren Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue **ExpertInnengremien** geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. Schon die Grundannahme ist fragwürdig: Demnach werden staatliche Regulierungen – das umfasst beispielsweise auch Gesetzgebung zum Umwelt- und Verbraucherschutz – als „Last“ verstanden. Dabei werden oft sie im Interesse des Allgemeinwohls erlassen. In der Theorie können über diese sogenannte REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können

sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen. ^[16] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten, ^[17] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie beispielsweise auch CEFIC zu Gute.

Lobbyarbeit gegen die Regulierung von endokrinen Disruptoren

Hormonaktive Substanzen (oder endokrine Diskruptoren) stecken in tausenden Alltagsprodukten - von Plastik bis zu Kosmetika. Sie haben die Eigenschaft, das hormonelle System von Organismen zu beeinflussen, weshalb sie höchstwahrscheinlich ernstzunehmende Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Die EU-Gesetzgebung hat auf diese Stoffe reagiert.

Mit der Überarbeitung des europäischen Pestizid- und Biozidrechts von 2009-2012 wurde gesetzlich verankert, dass Wirkstoffe mit endokrin wirksamen Eigenschaften, die schädliche Auswirkungen auf den Menschen bzw. schwerwiegende Auswirkungen auf die Umwelt haben können, von der zukünftigen Verwendung auszuschließen bzw. nur noch bei spezifischen Ausnahmefällen einzusetzen sind. Allerdings fehlte bis dato ein von allen Seiten anerkanntes Verfahren zur Bestimmung von endokrin wirksamen Substanzen. ^[18]

Die konkrete Regulierung dazu musste noch durch die Kommission ausformuliert werden. Die Kommission war zwar bis zum 14. Dezember 2013 dazu verpflichtet, diese zu erlassen - aber massive Lobbykampagnen zogen diesen Prozess in die Länge. Außerordentlich viel Einsatz gegen diese Regulierungen zeigten vor allem die Lobbyverbände CEFIC und ECPA sowie die Unternehmen Bayer und BASF. 2015 urteilte der Europäische Gerichtshof, dass die Kommission zu lange untätig war und dadurch EU-Gesetz missachtet hatte. Daraufhin kündigte die Kommission endlich an, die Kriterien, nach denen endokrine Substanzen festzulegen sind, zu veröffentlichen.

Am 4. Juli 2017 einigten sich die EU-Mitgliedsstaaten dann auf eine Liste an Kriterien, die auf einem Vorschlag der Generaldirektion für Gesundheit und Ernährungssicherheit (DG SANTE) basierte. Drei Forschungsgesellschaften zur Endokrinologie hatten den Vorschlag zuvor scharf kritisiert und bemängelt, dass er die öffentliche Gesundheit nicht wirksam schützen könne. KritikerInnen schätzten die neuen Kriterien zur Bestimmung von endokrinen Substanzen als zu weich ein und beanstandeten, dass Substanzen, die eigens endokrin entwickelt worden sind - wie zum Beispiel einige Pestizide - nicht darunter fallen. Warum hat der Prozess aber so lange gedauert und wie konnte es zu diesem umstrittenen Vorschlag kommen?

Eigentlich hatte zu Beginn die Generaldirektion Umwelt den Auftrag, Vorschläge zu erarbeiten. Sie hatte bereits anerkannte ExpertInnen des Gebiets zu Rate gezogen, unter anderem Professor Andreas Kortenkamp ^[19]. Bevor dieser Vorschlag allerdings veröffentlicht werden konnte, erreichten LobbyistInnen, dass er (vor Veröffentlichung!) einer Folgenabschätzung unterzogen werden musste - was den Prozess sehr

in die Länge zog. Daraufhin schaltete sich die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit ein und fragte ein Gutachten der European Food Safety Authority, kurz EFSA, an. 8 der 18 Mitglieder der Arbeitsgruppe der EFSA hatten, wie sich später herausstellte, einen Interessenskonflikt, einer hatte Verbindungen zu CEFIC. ^[20] Zeitgleich veröffentlichte die WHO einen Bericht, indem sie eindringlich vor endokrinen Disruptoren warnte. Die Juncker-Kommission übertrug die Entwicklung der Kriterien offiziell auf die Generaldirektion Gesundheit und Ernährungssicherheit. Später kamen E-Mails ans Licht, aus denen hervorging, dass auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe schon von vornherein festgestanden hatten. Die Industrielobby startete eine Kampagne, indem sie eine wissenschaftliche Kontroverse konstruierte. WissenschaftlerInnen, die Verbindungen in die Industrielobby hatten, stellten die Erkenntnisse unabhängiger WissenschaftlerInnen in Frage. ^[21] Eine Gruppe der vernetzten ForscherInnen traf sich sogar mit einem EU-Kommissar – wie sich später herausstellte, wurde der Besuch von dem European Risk Forum, einer Denkfabrik, die von der Tabaklobby initiiert wurde und unter anderem auch von CEFIC mitfinanziert wird, bezahlt. Unter den WissenschaftlerInnen, die als Gegenöffentlichkeit zu den unabhängigen WissenschaftlerInnen in Sachen endokrine Disruptoren auftraten, befanden sich drei, die bereits zu Glyphosat ein von Monsanto bezahltes, positives Gutachten erstellt hatten: Helmut Greim, Colin Berry und Alan Boobis. ^[22]

Während der TTIP-Verhandlungen erhöhte sich der Druck gegen die Regulierung endokriner Disruptoren erneut. Die AmCham EU forderte explizit von der Kommission, keine Kriterien zur Regulierung zu beschließen. ^[23] Bei den Gesprächen stilisierte die Industrielobby die Regulierungen zu den endokrinen Diskruptionen sogar zu „potenziellen Handelshemmnissen“ – was besonders vor dem Hintergrund von Investitions-Schiedsgerichten, wie sie in TTIP angedacht waren, folgenreich ist.

Der Vorschlag, den die Kommission 2016 präsentierte, wurde von unabhängiger, wissenschaftlicher Seite scharf kritisiert. ^[24] Einen Monat nach Veröffentlichung des Vorschlags erhielt der damalige Kommissar für Gesundheit Andriuskaitis einen Besuch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Kanadas, Brasiliens, Urugays und Argentinien – spezifisch zum Thema endokrine Disruptoren. Kurze Zeit später, im Dezember 2016 strebte die Kommission eine Veränderung der Ausnahmeregelung in der Pestizidverordnung an. Die Kriterien für die Ausnahmeregelungen wurden weiter gesteckt. Dies führte zu heftigen Diskussionen und auch zu Konflikten zwischen Parlament und Kommission. Denn die Veränderungen der Ausnahmeregelungen gingen so weit, dass das Parlament der Kommission vorwarf, das Gesetz im Wesensgehalt verändern zu wollen, statt es nur durchzusetzen. Das darf die Kommission als Exekutivorgan allerdings nicht. Daraufhin entfernte die Kommission dieses Schlupfloch aus ihrem Vorschlag – führte aber ein anderes ein, nämlich die Ausnahmeregelung für extra endokrin designte Substanzen – wie zum Beispiel Pestizide, die Ungeziefer durch hormonelle Veränderungen bekämpfen. Umweltschutz Organisationen wie CIEL oder ClientEarth kritisierten diese Regelung heftig.

Das europäische Parlament blockierte den Vorschlag der Europäischen Kommission zu den Kriterien für endokrine Disruptoren am 04.10.2017 mit 389 zu 235 Stimmen, mit 70 Enthaltungen ^[25]. Die Kommission ist nun dazu aufgefordert, zeitnah einen neuen Vorschlag vorzulegen.

Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

CEFIC konnte die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP nachhaltig beeinflussen und stimmte sich dazu eng mit seinem US-amerikanischen Gegenstück, dem American Chemistry Council (ACC) ab. Das langfristige Ziel ist eine Angleichung von Regulierungen und Standards in den USA und Europa. ^{[26][27]} Eine Senkung der in der EU durch die Chemie-Richtlinie REACH eingeführten Standards scheint möglich, sollte nach Inkrafttreten des TTIP-Vertrags die regulatorische Kooperation nach den Vorstellungen von CEFIC eingeführt werden. Diese Sichtweise wird gestützt durch ein durchgesickertes Dokument (engl. Leak) der

TTIP-Verhandlungsrunde vom Dezember 2013, das von ClientEarth und CIEL ausgewertet wurde. Danach würden die Vorschläge des European Chemical Industry Council und des [American Chemistry Council](#) den Schutz der Verbraucher und der Umwelt vor giftigen Chemikalien verschlechtern. Der Fortschritt bei der Regulierung von solchen Chemikalien käme zum Stillstand, wirtschaftlichen Interessen würde Vorrang vor gesundheitlichen und Umweltaspekten eingeräumt. Die Regulierung würde weniger transparent und weniger demokratisch ausgestaltet. So soll die Koordinierung und Harmonisierung von Regulierungen einem parlamentsfernen "Cooperation Committee" übertragen werden, das aus Vertretern von EU- und US-Regulierungsbehörden für die Chemische Industrie bestehen soll.^[28]

Einfluss auf die TTIP-Verhandlungen

Gleich zu Beginn der Verhandlungen ermöglichte die EU-Kommission dem CEFIC, eigene Vorschläge einzureichen und räumte ihm einen besonderen Zugang zu den Verhandlungen ein, konkret in Form eines engen Kontakts zur Generaldirektion Handel (im Folgenden GD Handel abgekürzt).^[29] Während der ersten zwei Jahre der TTIP-Verhandlungen hatte der CEFIC 16 zum Teil intensive Lobby-Kontakte mit Vertretern der EU-Kommission; der ACC bekam auf weitere drei Treffen.^[30] Dabei halfen Vertreter der GD Handel sogar, die richtigen Ansprechpartner in der EU-Diplomatie für einzelne Lobby-Ziele zu finden (etwa in der *High Level Working Group on Jobs and Growth*).^[31] Auch in einer zweiten Phase 2013/4 stimmten sich Verantwortliche der GD Handel eng mit dem CEFIC ab, um die Texte für die Verhandlungsrunden auszuwählen.^[32]

Im November 2014 begann die Amtszeit der neuen, von [Jean-Claude Juncker](#) geführten EU-Kommission. Es gab weiterhin regelmäßige Treffen mit CEFIC. Von fünf dieser Treffen gibt es nicht einmal Protokolle, so dass die Gesprächsinhalte verborgen bleiben.^[33] In dieser Phase verfolgte der CEFIC das Ziel, die REACH-Verordnung weiter abzuschwächen^[34] und die regulatorische Kooperation einzuführen^[35]. Geschäftsführer Mandery stellte im Mai 2015 öffentlich fest, dass die Vorschläge von CEFIC weitgehend übernommen worden sind.^[36] Diese Einschätzung wird intern von Vertretern der EU-Kommission geteilt.^[37]

EU-Chemikalienverordnung REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte".^[38] Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der europäischen Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[39] Ein Hebel in der Argumentation seitens der chemischen Industrie war die sogenannte Folgenabschätzung, die oft auf Vorhersagen beruht - und eben nicht auf einer breiten Datenbasis. Hierbei werden Gesetzesinitiativen, bevor sie in den gewählten Parlamenten besprochen werden, nach den Auswirkungen auf den Handel beurteilt. Wer den möglichen Nutzen eines Gesetzes für den Schutz der Umwelt und der Gesundheit relativieren will, kann die finanziellen Belastungen übertrieben darstellen. Diese Strategie wurde im Fall der EU-Chemikalienverordnung angewendet. Ursprünglich zielte REACH darauf ab, die rund 100.000 in Europa hergestellten und verwendeten Chemikalien auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit hin zu testen und gefährliche Substanzen durch weniger gefährliche zu ersetzen. Die Gesetzesinitiative stieß bei der europäischen Chemieindustrie auf vehementen Widerstand. Als wirksamste

Waffe im Kampf gegen die geplante Regulierung erwiesen sich mehrere Szenarien, die eine „Deindustrialisierung Europas“ an die Wand malten. Dazu wurde unter anderem in großflächigen Zeitungsanzeigen die Angst vor Arbeitsplatzverlusten geschürt. ^[40] Die verantwortlichen EU-Politiker ließen sich von der Vorhersage millionenfacher Arbeitsplatzverluste so sehr verunsichern, dass sie den Geltungsbereich der Chemikalienverordnung stark einschränkten und die Pflicht zur Substitution gefährlicher Stoffe aufhoben. ^{[41][42][43]}

CEFIC spielte in dieser jahrelangen Lobbykampagne eine zentrale Rolle. Es lassen sich mehrere Phasen ihrer Tätigkeit unterscheiden: zunächst versuchte der Verband, die chemische Industrie als Partner bei Problemlösungen erscheinen zu lassen; dann wurde der Ton in der Auseinandersetzung verschärft und der Verband trat als strikter Gegner von REACH auf. In dieser Zeit wurden einige Studien lanciert, die der oben skizzierten Strategie entsprachen. ^[44]

Lobbyarbeit für Glyphosat

Überraschenderweise vertritt CEFIC sein Mitglied [Bayer](#) nicht direkt im Falle Glyphosat. Bayer ist Mitglied in mehreren Lobbyverbänden, auch in CEFIC. Für die Problematik rund um die umstrittene Chemikalie wurde eigens eine Glyphosat-Task Force ins Leben gerufen – unter Leitung der Anwaltskanzlei [Hume Brophy](#). Diese Gruppe organisiert Kampagnen für die Neuzulassung von Glyphosat in Herbiziden, obwohl die Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation diese Substanz als möglicherweise krebserregend für Menschen eingestuft hat. ^[45] Monsanto's hauseigene Lobbyisten wurden als erste Lobbyisten für den Zugang zum EU-Parlament gesperrt. ^[46]

Organisationsstruktur und Führungspersonal

Mitglieder

Der Verband hat über 600 Mitglieder und Partner (Stand: 04/2026). ^[47] Diese werden in die folgenden Gruppen unterteilt:

- Corporate Members (ACOM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa und einem weltweiten Chemieumsatz von über 1 Mrd. Euro. Zu den Corporate Members gehören u. a. die deutschen Unternehmen [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#) und [Merck](#).
- Federation Members (AFEM) sind europäische Verbände der Chemieindustrie. Zu ihnen gehört u. a. der [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI).
- Business Members (ABM) sind Unternehmen mit einem Produktionsstandort in Europa, die nicht nur chemische Erzeugnisse herstellen, mit einem weltweiten Chemieumsatz von unter 1 Mrd. Euro.
- Associated Companies sind außereuropäische Chemieunternehmen
- Partner Companies sind europäische Unternehmen, die eng mit der europäischen chemischen Industrie zusammenarbeiten.

Führungspersonal

Die Mitglieder des **Executive Committees** sind [hier](#) abrufbar. Präsident ist Markus Kamieth, CEO von BASF

Generaldirektor

- Marco Mensink

Für die Beziehungen zur EU zuständige Person

- Lisbeth Timmersmann

(Stand: April 2026)

Verbindungen

Knowledge4Innovation

CEIFIC ist Mitglied von [Knowledge4Innovation](#), einer branchenübergreifenden europäischen Lobbyorganisation.

Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA)

CEIFIC gehörte zu den Mitgliedern der EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM 2009 - 2012^[48], einer Konsultationsplattform für Interessengruppen der EFSA, und der EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access.^[49]

Alliance for a Competitive European Industry

CEIFIC gehört zu den führenden europäischen Wirtschaftsverbänden, die sich mit [Businesseurope](#) zur [Alliance for a Competitive European Industry](#) zusammengeschlossen haben.

Geschichte

Die Abkürzung CEIFIC ist auf die ursprünglich französische Bezeichnung *Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique* zurückzuführen.

Zitate

"Unsere Vorschläge, die von der EU-Kommission übernommen worden sind, können die regulatorische Kooperation deutlich beschleunigen, hohe Standards beibehalten und dabei effiziente Regeln erreichen. (im Original: Our proposals which have largely been taken over by the European Commission can boost regulatory cooperation, maintaining high standards while achieving regulatory efficiencies.)"^[50]

Der ehemalige CEIFIC-Geschäftsführer Hubert Mandery im Mai 2015 über den Einfluss seines Verbandes auf die TTIP-Verhandlungen.

Einzelnachweise

1. ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
2. ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
3. ↑ [Job Offer Public Affairs Manager](#), cefic.org, abgerufen am 04.04.2026
4. ↑ [European Chemical Industry Council](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 03.04.2026
5. ↑ [Eintrag im EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 04.04.2026
6. ↑ [Member Companies](#), Webseite des American Chemistry Councils, aufgerufen am 10.08.2018

7. ↑ [LRI The Long-range Research Initiative](#), Webseite cefic-lri, abgerufen am 22.11.2018
8. ↑ [<http://cefic-lri.org/wp-content/uploads/2014/03/CW54-LRI-copy.pdf> Chemical Watch 2013, cefic-lri.org, abgerufen am 22.11.18
9. ↑ [Plastic Promises](#) Corporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
10. ↑ [The Industry Sectors](#) cefic.org, abgerufen am 22.11.18
11. ↑ [\[1\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 22.11.18
12. ↑ [\[2\]](#) European Commission am 16.01.2018, abgerufen am 22.11.18
13. ↑ [Voluntary Commitment](#) Plastics Europe, abgerufen am, 30.11.18
14. ↑ [Plastic Promises](#) Corporate Europe Observatory, 22.05.18, abgerufen am 22.11.18
15. ↑ [\[3\]](#), cefic.org, abgerufen am 21.11.18
16. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
17. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
18. ↑ [Hintergrundinformation EDCs](#), PAN Germany Januar 2016, abgerufen am 23.11.18
19. ↑ [State of art assessment of endocrine disruptors](#) European Commission, Januar 2012, abgerufen am 23.11.18
20. ↑ [Conflict of interests at EFSA – season 10](#) stephanehorel.fr, abgerufen am 23.11.18
21. ↑ [Studie: A Toxic Affair – How the chemical lobby blocked action on hormone disrupting chemicals](#) Corporate Europe Observatory, abgerufen am 23.11.18
22. ↑ [\[4\]](#) corporateeurope.org am 27.09.17, abgerufen am 23.11.18
23. ↑ [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie!](#) lobbycontrol.de am 1.Juni 2015, abgerufen am 23.11.18
24. ↑ [Proporsal](#) European Commission, abgerufen am 23.11.18
25. ↑ [Identifying endocrine disruptors - meps block plans exempting some pesticides](#) European Parliament am 04.10.2017, abgerufen am 23.11.18
26. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): hier Protokoll eines Treffen zwischen Maria Asenius (DG Handel) und der CEFIC Geschäftsführung am 4. Dezember 2014
27. ↑ siehe in dem Zusammenhang auch: Bode, Thilo: TTIP. Die Freihandelslüge. München 2015, S. 143 -153.
28. ↑ [, ACC-CEFIC joint proposal enhancing US-EU chemical regulatory cooperation under TTIP](#) ciel.org, Webseite abgerufen am 04.12.2018
29. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier insbesondere Brief an Giorgio Squinzi (Präsident CEFIC) vom 25. Juli 2012, gesendet von Tajani and De Gucht.
30. ↑ [Datensätze als Grundlage einer Auswertung](#), (XLS), Corporate Europe Observatory, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
31. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2012/2132: hier Email-Verkehr zwischen Mitarbeitern der GD Handel
32. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2014-1259, hier: Batch2 Doc 27, Betreff: Report: Meeting with CEFIC – discussion of draft CEFIC/ACC proposals for TTIP. Importance: High, 11 December 2013
33. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#), hier: Korrespondenz/Treffen mit Cefic oder ACC zu TTIP seit Sept 2014, insbesondere Liste von Treffen

34. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2015/0763, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): Treffen von "Head of Trade Cabinet" Maria Asenius mit dem Cefic Executive Committee - 4. Dezember 2014, 12.15-13.00
35. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13 "Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015"
36. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic Webseite, archiviert am 29.12.2015, zuletzt aufgerufen am 6.9.2015
37. ↑ Offiziell an [CEO](#) freigegebene Dokumente der EU-Kommission, GestDem 2016/0792, veröffentlicht auf [asktheeu.com](#): GROW Korrespondenz/Treffen CEFIC oder ACC über TTIP seit Sept 2014, insbesondere Doc 13. Meeting Director GROW/D with CEFIC, Briefing, from EC GROW to GROW/D, 09 /09/2015
38. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
39. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
40. ↑ [Chemielobby macht Druck auf Bundesregierung](#), lobbycontrol.de am 30.11.2006, abgerufen am 21.11.18
41. ↑ [Lobbyismus in der EU Immer erst die Industrie fragen, Bericht von Lobbycontrol vom über die Studie eines Forscherteams der britischen Universität Bath](#), Webseite Lobbycontrol, 23. März 2010, zuletzt abgerufen am 31. August 2016
42. ↑ Research Article: "Working the System"—British American Tobacco's Influence on the European Union Treaty and Its Implications for Policy: An Analysis of Internal Tobacco Industry Documents, Webseite "journals.plos.org", hier besonders "Box 2", 12. Januar 2012, zuletzt aufgerufen am 05.12.18
43. ↑ [Studie TOXIC LOBBY - How the chemicals industry is trying to kill REACH](#) (pdf), Greenpeace International, Mai 2006, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
44. ↑ [Bulldozing REACH - the industry offensive to crush EU chemicals regulation](#) Corporate Europe Observatory, März 2005, archiviert am 8.1.2009, zuletzt aufgerufen am 05.12.2018
45. ↑ [A match made in hell](#) Corporate Europe Observatory am 27.04.17, abgerufen am 23.11.18
46. ↑ [Monsanto banned from European Parliament](#) the Guardian am 28.09.17, abgerufen am 23.11.18
47. ↑ [Membership](#), cefic.org, abgerufen am 07.04.2026
48. ↑ [http:// EFSA STAKEHOLDER CONSULTATIVE PLATFORM](http://EFSA-STAKEHOLDER-CONSULTATIVE-PLATFORM)
49. ↑ [Members of EFSA Stakeholder Consultative Platform Discussion Group on Process Transparency and Information Access](#)
50. ↑ [Rede von Hubert Mandery vom 12 Mai 2015](#), Cefic-Internetseite, zuletzt aufgerufen am 4.12.2018

European Crop Protection Association

Die **European Crop Protection Association** (ECPA) ist der europäische Verband der agrochemischen Industrie mit den Themenfeldern Pflanzenschutz, Schädlingsbekämpfung und

**European Crop Protection Association
(ECPA)**



Biotechnologie. Sie tritt für weniger strenge Pflanzenschutzmittelaufgaben ein und betreibt aggressiven Lobbyismus, um seine Interessen durchzusetzen. Die ECPA vertritt multinationale Pestizidhersteller wie **Syngenta**, **Monsanto**, **Bayer CropScience** oder **Dow AgroSciences**.

Im Januar 2021 ist die European Crop Protection Association in **CropLife Europe** umbenannt worden.^[1]

European Crop Protection Association (ECPA)

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Förderung der agrochemischen Industrie in Europa

Gründungsdatum

Hauptsitz Avenue E. Van Nieuwenhuysse B-1160 Brussels Belgium

Lobbybüro

Lobbybüro EU Avenue E. Van Nieuwenhuysse, B-1160 Brüssel

Webadresse www.ecpa.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	51
2 Fallstudien und Kritik	52
2.1 2016: Gewinner des „Democracy for Sale Award“	52
2.2 2012: Kampagne gegen ein Teilverbot von Bienenkiller-Pestiziden	52
2.3 Seit 2012: Lobbying bei TTIP	52
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	54
3.1 Team	54
3.2 Mitglieder	54
3.3 Verbindungen	54
4 Finanzen	54
5 Kurzdarstellung und Geschichte	55
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	55
7 Einzelnachweise	55

Lobbystrategien und Einfluss

Der Verband verfügt über eine erhebliche Präsenz bei den EU-Organen und ist Mitglied einer großen Anzahl von beratenden Ausschüssen im Agrar-, Gesundheits-, Handels-, Wachstums- und Umweltbereich. Weiterhin gehört er 3 Sachverständigengruppen der EU-Kommission an und der Interfraktionellen Arbeitsgruppe (**Intergroups**) des Europäischen Parlamentes zu „Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Biodiversität“. ^[2]

Die ECPA ist personell gut vernetzt, denn einige der MitarbeiterInnen traten bereits durch die Drehtür zwischen Politik und Wirtschaft: Ehemalige Angestellte der EU-Institutionen sind nun Pestizidlobbyisten.

Die Pestizid-Lobby sponsert das Brüsseler Politik-Magazin **Politico**, die damit werben, das meist gelesenste Medium der EU-Entscheidungssträger zu sein. In den Artikeln des Lobbyverbandes wird das europäische Vorsorgeprinzip diskreditiert und Pestizide als Garanten für die Sicherstellung der Welternährung dargestellt. ^[3]

Eine weitere Strategie der Pestizid-Lobby besteht darin, auf agrarfreundliche EU-Mitgliedsstaaten Einfluss auszuüben, sodass diese ihrerseits die europäische Gesetzgebung nach den Interessen der Industrie ausgestalten. So fokussierte sich ECPA in der Vergangenheit insbesondere auf Großbritannien.^[4]

Fallstudien und Kritik

2016: Gewinner des „Democracy for Sale Award“

Nichregierungsorganisationen, darunter LobbyControl, haben im November 2016 die European Crop Protection Association (ECPA) und **Crop Life America** (CLA) mit dem Negativpreis „Democracy for Sale Award“ ausgezeichnet. Begründung: Die Pestizid-Lobby nutzt die Verhandlungen zum **EU-US Handelsabkommen TTIP**, um Regeln bei hormonell wirksamen Chemikalien, Pestizid-Rückständen in Lebensmitteln und bienenschädlichen Insektiziden zu verwässern.^[5]

2012: Kampagne gegen ein Teilverbot von Bienenkiller-Pestiziden

Anfang 2012 hatten mehrere unabhängige Studien die Gefahr der Insektengifte der Neonicotinoiden für Bienen belegt. Neonicotinoide schädigen das zentrale Nervensystem der Tiere und haben oft tödliche Folgen für ganze Bienenvölker.^[6]

Mehrere EU-Regierungen hatten daraufhin entsprechende Schutzmaßnahmen gefordert. Die **EU-Kommission** beauftragte die **European Food Safety Authority** (EFSA), zu diesem Thema Stellung zu nehmen.^[7] Die EFSA empfahl ein Teilverbot für Neonicotinoide.

Darauf reagierte die Pestizid-Industrie mit einer Kampagne unter Federführung der Hersteller **Bayer** und **Syngenta** sowie der ECPA, in der die Aussagekraft der unabhängigen Studien in Frage gestellt und unrealistisch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft beschworen wurden. Die Kampagne wurde mit angeblich unabhängigen Studien wirtschaftsnaher Institute unterfüttert. Die ECPA behauptete in einer Stellungnahme, die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen könnten zu Ertragseinbußen von bis zu 10% bei Raps und Getreide, von 30 % bei Zuckerrüben und 50 % bei Mais führen.^[8]

Im Mai 2013 hat die EU-Kommission nach Angaben von Greenpeace die 3 schlimmsten bienenschädlichen Neonicotinoide in allen 27 Mitgliedstaaten teilweise verboten – allerdings nur vorübergehend.

Seit 2012: Lobbying bei **TTIP**

Die für die Verhandlungen zuständige Generaldirektion Handel der **EU-Kommission** forderte die ECPA möglichst gemeinsam mit ihrem US-Partnerverband **CropLife America** in einer E-Mail vom 26.10.2012 dazu auf, die positiven Auswirkungen des TTIP darzulegen: *"I would thus encourage you to share with us your innovative ideas as to the possible improvements that could be made in the context of a trade agreement"*.

^[9] Wenige Wochen später reichte EPCA gemeinsam mit **CropLife America** die erbetene Stellungnahme ein.

^[10] Inhaltlich wird dabei der Fokus unter anderem auf die Harmonisierung von Bestimmungen zu Pestizid-Rückständen in Nahrungsmitteln gelegt sowie der Wunsch nach einer regulatorischen Kooperation zum Ausdruck gebracht. Die Verwirklichung beider Vorschläge hätte einen Verlust der höheren europäischen Standards zur Folge. Das Niveau der erlaubten Pestizid-Rückstände in Nahrungsmitteln beträgt in den USA in einigen Fällen sogar das Hundertfache der erlaubten Höhe in der EU.^[11] Zwischen Januar 2012 und Februar 2014 nahm ECPA an fünf und CropLife America an zwei Treffen der EU-Verhandlungsführer zu TTIP teil.^[12]

Regulatorische Kooperation

Im März 2014 formulierten ECPA und CropLife America erneut einen „Vorschlag zur transatlantischen regulatorischen Kooperation“. Die Nichtregierungsorganisation CIEL (Center for International Environmental Law) kommt 2015 in einem Bericht zu dem Schluss, dass durch die Forderungen der Pestizidverbände, „Handelsverhandlungen manipuliert werden, um die EU dazu zu nötigen, die progressiven Gesetzgebungen zu Umweltgesundheit und Lebensmittelsicherheit mit wenig Rücksicht auf ökologische oder gesundheitliche Folgen aufzuweichen“. Regulatorische Kooperation wird von Seiten der Industrie als Euphemismus für eine Adaption des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ - in diesem Fall für die Rechtsgültigkeit des geringsten Standards - verwendet. CIEL unterstreicht auch, dass durch die juristische Institutionalisierung einer regulatorischen Kooperation das europäische Vorsorgeprinzip außer Kraft gesetzt werden soll. Dieses Prinzip, welches den europäischen Chemie- und Pestizidpolitiken zu Grunde liegt, zielt darauf ab Verbote und Regulierungen schon dann erlassen zu können, wenn auch nur ein Verdacht besteht, dass ein Produkt für Sicherheit, Gesundheit oder Umwelt ein Risiko darstellen könnte.^[13] ECPA allerdings sucht das Vorsorgeprinzip durch einen „**wissenschaftlichen und risikobasierten Ansatz**“ zu ersetzen.^[14] Darunter ist sowohl ein Ansatz zu verstehen, welcher auf Risikoabschätzungen und Kosten-Nutzen-Analysen beruht, als auch jenes Wissenschaftsprinzip, welches seither die amerikanische Gesetzgebung prägt. Demnach müssen mögliche Belastungen und Schäden, die Produkte auslösen könnten, zweifelsfrei wissenschaftlich nachgewiesen sein, um eine Regulierung durch politische Organe zu rechtfertigen.

Aktuell sind 82 der erlaubten Pestizide in Amerika in der EU verboten, während 33 der 36 Pestizid-Rückstandshöchstwerte für Nahrungsmittel in den USA schwächere Standards aufweisen als in der EU.^[15]

Die Einführung des Wissenschaftsprinzipes und somit eine Angleichung an amerikanische Gesetzgebungsstrukturen via regulatorischer Kooperation würde den Pestizidherstellern einen neuen, bis dato streng regulierten, Absatzmarkt erschließen lassen.

Auch wenn der leitende Verhandlungsführer der Generaldirektion Handel der EU der Öffentlichkeit im November 2014 versicherte, dass keine Gesetze zur Lebensmittelsicherheit durch TTIP verändert werden würden, geht es der Pestizid-Lobby nicht um eine Änderung der aktuellen Gesetzgebung, sondern vielmehr um die Umgestaltung des Prozesses, wie Gesetze in Zukunft gemacht und Regulationen erlassen werden.^[16]

Endokrine Disruptoren (ED)

Endokrine Disruptoren sind Chemikalien, welche durch ihre Wirkungsweise das Hormonsystem verändern und dadurch bei Menschen die Fortpflanzung gefährden, Krebserkrankungen befördern und bei Tieren ganze Populationen bedrohen können. Auf Grund der intrinsischen Gefahr, die ihnen anhaftet, sind sie dem Vorsorgeprinzip folgend aktuell in der EU streng reguliert. Die Vorschläge von ECPA und CLA zur regulatorischen Kooperation, drohen allerdings „Bemühungen zur Regulierung von endokrinen (hormonellen) Disruptoren zu schwächen, zu verlangsamen oder zu stoppen“.^[17] Der Europäische Verbraucherverband BEUC stellte sogar fest, dass die EU-Institutionen den TTIP-Verhandlungspartnern sowie den Pestizid-Lobbyisten bereits mit einem voreuseilenden Gehorsam begegneten: Aus Angst einer Gefährdung des Abkommens wurden Initiativen für ambitioniertere ED-Regulierungen nur halbherzig angegangen.^[18]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a.:

- Alexandra Brand (Chair of the Board), ehemals Regional Direktor bei Syngenta
- Oliver de Matos (Director General & Consultant to CropLife Europe), ehemals Secretary General European Centre for Ecotoxicology and Toxicology of Chemicals
- Kevin Heylen (Senior Regulatory Affairs Manager)
- Laurent Oger (Director Regulatory Affairs)
- Priscila Quaini Jacobitz (Government Affairs Manager)

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehören alle europäischen Großunternehmen und alle nationalen Verbände, die im Bereich der Agrochemie tätig sind.

Zu den [Unternehmensmitgliedern](#) gehören: [BASF](#), [Bayer CropScience](#), [Dow AgroSciences](#), [DuPont](#), [ADAMA](#), [Monsanto Europe](#) und [Syngenta](#)

Die assoziierten und mittelständischen Unternehmensmitglieder sind auf der [Website](#) von ECPA abrufbar.

Auch der deutsche [Industrieverband Agrar](#) e.V. ist in dem Netzwerk vertreten.

Verbindungen

Die ECPA ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [CropLife International](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- [European Initiative for Sustainable Development in Agriculture](#) (EISA)
- [Expertengruppe der EU-Kommission](#): "Advisory Group on the Food Chain, Animal Health and Plant Health" ^[19]
- [European Partnership for Alternative Approaches to Animal Testing](#) (EPPA)
- [Knowledge4Innovation](#)

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2015 zwischen 100.000 und 200.000 Euro, im Geschäftsjahr 2021 lagen die Kosten zwischen 800.000€- 899.999€. Allerdings stellt diese Summe nur einen Teil des Gesamtbudgets dar. Das verbleibende Budget wird unter anderem auf das Erstellen von Analysen, auf beratende Tätigkeiten und auf die Organisation von Veranstaltungen verwendet. ^[20]

Kurzdarstellung und Geschichte

Ihr Tätigkeitsschwerpunkt besteht darin, die europäische Gesetzgebung und Verwaltungspraxis über Kontakte zur EU-Kommission und zu EU-Parlamentariern im Interesse ihrer Mitglieder auszugestalten. Laut Eintrag im Transparenz-Register der EU beschäftigt die ECPA 12 Lobbyisten, von denen 4 für den Zugang zu Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind.^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [European Crop Protection grows to become CropLife Europe](#), croplifeeurope.eu vom 06.01.2021, abgerufen am 27.09.2022
2. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 27.09.2016
3. ↑ [Politico](#), abgerufen am 27.09.2016
4. ↑ [Bid to block ban on controversial pesticides](#), The Ferret, März 2016, abgerufen am 27.09.2016
5. ↑ [Ausgezeichnet: Pestizid-Lobby ist „dreistester TTIP-Lobby-Akteur“](#) Webseite LobbyControl, abgerufen am 13.12.2016
6. ↑ [Kampagne "Pestizide töten Bienen Die Bienen brauchen unsere Hilfe"](#), Webseite Greenpeace, abgerufen am 18.08.2014
7. ↑ [Recherche von CORPORATE EUROPE OBSERVATORY "Pesticides against pollinators"](#), 11. April 2013, Corporate Europe Observatory, Webseite CEO, abgerufen am 18.08.2014
8. ↑ [Schreiben an Kommissar Dalli vom 13. Juni 2012](#), Webseite CEO
9. ↑ [E-mail von Geraldine Emberger an Friedhelm Schmider](#), veröffentlicht auf der Webseite von CEO, Webseite abgerufen am 19. 8. 2014
10. ↑ [Schreiben von CropLife und ECP vom 13. November 2012](#), veröffentlicht auf der Webseite von CORPORATE EUROPE OBSERVATORY, Webseite abgerufen am 19. 8. 2014
11. ↑ [Report: transatlantic trade agreement could increase toxic pesticide use](#), Guardian, Elizabeth Grossman, Januar 2015, abgerufen am 27.09.2016
12. ↑ [\[corporateeurope.org/sites/default/files/attachments/data-ttip-lobbying-dg_trade.xls\]](#), CEO: Dataset for infographics on TTIP lobbying for period Jan 2012 to Feb 2014, abgerufen am 27.09.2016
13. ↑ [CIEL: Lowest Common Denominator: How the proposed EU-US trade deal threatens to lower standards of protection from toxic pesticides, 2015](#), abgerufen am 27.09.2016
14. ↑ [Das Europäische Netzwerk für ländliche Entwicklung \(ENRD\)](#), abgerufen am 27.09.2016
15. ↑ [David Pimentel, Environmental and economic costs of the application of pesticides primarily in the United States, 2005, Environment, Development and Sustainability 7, Seite 229-252](#)
16. ↑ [Euractiv, Commission official: The EU is not going to change its food legislation because of TTIP, 20.11.2014](#), abgerufen am 27.09.2016
17. ↑ [CIEL: Lowest Common Denominator: How the proposed EU-US trade deal threatens to lower standards of protection from toxic pesticides, 2015](#), abgerufen am 27.09.2016
18. ↑ [BEUC, The Incompatible Chemistry Between the EU and the US: BEUC Position on Chemicals in TTIP, January 2016](#), abgerufen am 27.09.2016

19. ↑ [<http://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupDetail&groupID=860> Name: Advisory Group on the Food Chain and Animal and Plant Health (E00860)] Register der Expertengruppen der EU-Kommission, abgerufen am 20.01.2015
20. ↑ [<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=0649790813-47&locale=de&indexation=true> , EU-Transparenzregister], abgerufen am 01.09.2016
21. ↑ [Profil im Transparenz-Register](#), Webseite abgerufen am 01.09.2016